

III. Dynamiken und Akteure der politischen Diskursproduktion

Im ersten analytischen Abschnitt werden exemplarisch für Spanien relevante repräsentative Diskursinstanzen bzw. Akteure und Verhandlungsprozesse politischer Kollektive und Wissensverhältnisse speziell für den Zeitraum der Wirtschaftskrise seit 2010 in den Blick genommen. Die dafür notwendige Kontextualisierung zur Analyse der Diskurse und Akteure des politischen Raums wurde bereits geleistet. Der politische Diskurs wird hierbei mit Josef Klein als einer von drei Haupttypen politischer Kommunikation verstanden, der entlang bestimmter, kontroverser Themen ausdifferenziert ist und an dessen Verhandlung »[i]ndividuelle und kollektive Akteure mit unterschiedlichen Teilnahmerechten und Fähigkeiten« (Klein 2014: 296) mitwirken. Persuasion und Argumentation dienen dazu, politische Handlungsweisen zu legitimieren und Rede und Gegenrede verschiedener Akteure zu ermöglichen (vgl. ebd.: 297). Um etwaige Verschiebungen und Re-Formierungen des politisch repräsentativen Kollektivs untersuchen zu können, werden verschiedene Stränge der politischen Diskurs- und Wissensverhandlung sowie Akteursformierung exemplarisch untersucht.

Fokussiert werden die Wahljahre 2011, 2014 und 2015. Als Diskursereignisse veranschaulichen sie Legitimationsprozesse rund um Diskurs-, Wissens- und Kollektivverhandlungen im Kontext der wirtschaftlichen und repräsentativen Krisenzeit in Spanien. Sowohl die diskursive als auch die akteurspezifische Modifikation des politischen Kollektivs und seiner Referenzrahmen sollen in Bezug zueinander gesetzt werden. Die Auswahl der drei Zeitpunkte erfolgte aufgrund folgender Überlegungen: Das Jahr 2011 war geprägt von ökonomischer und sozialer Rezessionsauswirkungen, in deren Folge neue diskursive Stimmen und ›andere‹ Wissensverhältnisse aufkamen. So wurden massive Einschnitte in das soziale und gesellschaftliche Leben spürbar, die sich auf die Politik der PSOE-Regierung zurückführen ließen. Darüber hin-

aus wurden erstmalig massive soziale Proteste in einer Vielzahl spanischer Großstädte organisiert. Untersuchungsschwerpunkt im Jahr 2011 ist daher zum einen der etablierte Krisendiskurs der führenden politischen Akteure (PP und PSOE) und zum anderen die Gegendiskurse der sozialen Proteste des 15-M/der Indignados und ihre Materialisierungsgrundlagen. Nachfolgend soll gezeigt werden, inwiefern die sozialen Proteste die Entwicklung einer neuen einflussreichen Stimme auf den politischen Diskurs – auch vor dem Hintergrund der Generalwahlen im November 2011 – ermöglichten.

Im Jahr 2014 waren bereits erste positive Tendenzen der wirtschaftlichen Lage zu spüren. Allerdings kristallisierten sich die Auswirkungen der repräsentativen Krise der primären politischen Akteure, PP und PSOE, immer deutlicher heraus. Mit Podemos wurde eine neue politische Partei gegründet, die das traditionelle politisch-repräsentative Kollektiv Spaniens bei den Wahlen zum Europäischen Parlament herausforderte. Es wird folglich geprüft, inwiefern dies auf Basis einer formal-politischen Repräsentation und Artikulation von ›anderen‹ Wissensbeständen und Erfahrungen als (produktive) Reizung der bisherigen diskursiven Praktiken erfolgte.

Im Wahljahr 2015 schließlich waren die neuen innenpolitischen Kollektivformierungen soweit abgeschlossen. Von Interesse ist daher die Frage, ob sich Podemos als institutionalisierte Stimme im politischen Diskursgefüge festigen konnte und in welcher Weise die bisherigen Ordnungsinstanzen und politisch führenden Akteure auf diese ›andere‹ Materialisierung reagierten. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, inwiefern Podemos die vorhergehenden sozialen Proteste – insbesondere im Jahr 2011 (Stichwort 15-M/Indignados) – als Kollektiv diskursiv materialisiert und fortgeführt hat. Untersuchungsgegenstand sind also politische Akteure, die im Foucault'schen Sinne bestehende Diskurs- und damit verbundene Ordnungsverhältnisse repräsentieren. Dazu gehören in Spanien die beiden Volksparteien Partido Popular (PP) und Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Ihre diskursiven Konzeptualisierungsweisen der Krisensituation werden auf der einen Seite im Fokus der Analyse stehen. Auf der anderen Seite wird die soziale Protestbewegung des 15-M/Indignados als kontrastierender Akteur herangezogen, weil sie als neue Akteurs- und Vermittlungsinstanz innerhalb der Krisenrealität der Regierungs-/Oppositionsparteien verstanden werden kann, die sich gleichermaßen auch auf der Wirksamkeit der Materialisierung ›anderer‹ Wissensverhältnisse innerhalb bzw. ausgehend von den realgesellschaftlichen Krisenmaterialisierungen gründet. Ziel ist es also, die sich aus dieser Konstellation ergebenden diskursiven Spannungsverhältnisse aufzuarbeiten. Für

die Jahre 2014 und 2015 wird dann Podemos als potenziell herausfordernder Akteur herangezogen, um die sich kontinuierlich vollziehenden Modifikationsprozesse des politischen Resonanzraums und die Störfunktion der Materialisierung verschiedener Krisenauswirkungen und damit verbundener ›anderer‹ Diskursrealitäten bzw. Wissensverhältnisse zu untersuchen. Gleichermaßen soll aufgezeigt werden, inwiefern diese Erweiterungen des Akteurs-Spektrums möglicherweise zu Re-Konfigurationen diskursiver Referenz- und Handlungsrahmen und damit verbundener Wissensverhältnisse für die spanische Gesellschaft führen.

In allen drei gewählten Jahren werden daher neben der spezifisch-intensierten, diskursiven Konzeptualisierung der spanischen Krisensituation sowie ihrer materiellen Grundlagen auch die Positionierungen der etablierten politischen Kollektive zu den neuen Kräften (15-M/Indignados beziehungsweise Podemos) in den jeweils relevanten Wahlereignissen untersucht und miteinander in Bezug gesetzt. Hierüber kann aufgezeigt werden, inwiefern sich das politische Akteursgefüge der spanischen Gesellschaft – auch mit Blick auf die vollzogenen diskursiven Verschiebungsweisen – re- beziehungsweise transformiert hat.

Bevor mit der konkreten diskursanalytischen Arbeit begonnen wird, sollen zunächst die Selektion des Korpusmaterials und die inhaltliche Prägung der Diskursstränge dargelegt werden. Der Fokus der Analysearbeit lag auf öffentlich zugänglichen Äußerungsweisen der relevanten politischen Kollektive in den ausgewählten Wahljahren als machtpolitisch entscheidende Verhandlungszeiträume. Zudem dienten textliche Realisierungen als Quellen für die Analyse der diskursiven Entwicklungen.

Um eben gerade die angenommenen krisenbedingten Modifikationsweisen des politischen Diskurses, seiner repräsentativen Kollektive und deren Stilisierung untersuchen zu können, wurde für die Korpuszusammenstellung auf Textmaterial von den jeweiligen Websites der Akteure, genauer gesagt aus den Archivdatenbanken, zurückgegriffen.¹ Zu den unterschiedlichen Textsorten gehören primär Presseartikel oder -mitteilungen der Kollektive,

1 Für die *Partido Popular* (PP) siehe <https://www.pp.es/> (Stand: 16.02.2022), für die *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) siehe ›Búsqueda avanzada‹ unter <https://www.psOE.es/> (Stand: 16.02.2022) und für Podemos siehe ›Búsqueda‹ unter <https://podemos.info/> (Stand: 16.02.2022). Im Falle von PP und PSOE wurden bei der Suche jeweils die Filter ›Noticias‹ und ›Documentos‹ aktiviert und die hierüber verfügbaren Artikel ausgewertet.

sowie teilweise Positionspapiere und Reden. Adressaten-/Rezipientenkreis ist in allen Fällen unmittelbar die spanische Gesellschaft sowie mittelbar auch die politischen Akteure/Kollektive untereinander. Es sollen keine Einzelstimmen/Sprecher hervorgehoben, sondern die Texte als exemplarische Aussage des jeweiligen betrachteten Kollektivs verstanden werden.

Für die Protestbewegung 15-M/Indignados wurden zusätzlich dazu Primärtexte der Bewegung (u.a. das sogenannte Manifest) und veröffentlichte Artikel herangezogen, die in den Sammelbänden von Cabal (2012) und Taibo et al. (2011) zu finden sind. Dabei konzentrierte sich die Analyse auf Material, das gesamtgesellschaftliche Forderungen enthielt oder in dem sich die Bewegung positionierte. Regionale Veröffentlichungen wurden nicht mit einbezogen.² Insgesamt gelten all diese Texte als Metatexte des politischen Diskurses, die politisches Handeln und politische Haltung vorwiegend thematisieren, Politik aber nicht unmittelbar gestalten oder zum Objekt haben (wie zum Beispiel Parteitagsbeschlüsse) (vgl. Klein 2014: 297).

Zu den drei fokussierten Diskurssträngen gehören die »crisis económica« (ökonomischer Krisendiskurs), die »elecciones generales« beziehungsweise »elecciones europeas« (Diskurs um die jeweiligen Wahlereignisse) und die »15-M/Indignados« beziehungsweise »Podemos« (Diskurs zu den neuen politischen Akteuren). Um tatsächlich nur die Modifikation des politischen Diskurses und der Akteursspektren ausgehend von Impulsen der 15-M bzw. von Podemos untersuchen zu können, wurde auf einen diskursiv-konzeptionellen Vergleich der spanischen Altparteien untereinander verzichtet. So sollte vor allem die Wirksamkeit von 15-M bzw. von Podemos als Materialisierungsinstanzen einer anderen Krisenrealität bzw. eines neuen politischen Kollektivakteurs ausgearbeitet werden. Aus der nachfolgenden Tabelle (vgl. Tabelle 2) kann die Verwendung der jeweiligen Deutungsmuster zur Selektion des Textkorpus nach Jahren und Akteuren nachvollzogen werden. Das Analysekorpus für Podemos für das Jahr 2014 stellt eine Ausnahme dar, da für diesen Zeitraum nicht genug Datenmaterial von der Website für eine Clusterung recherchiert werden konnte. Aus diesem Grund wurden relevante Texte für die Deutungsmuster Europawahl und Wirtschaftskrise anhand von Dokumenten

2 Grund hierfür ist, dass die vorliegende Arbeit keine dezidierte Auseinandersetzung mit dem soziologischen Phänomen der Protestformen des 15-M und seinen regional-spezifischen Ausdifferenzierungen anstrebt. Eine differenzierte Auseinandersetzung findet sich beispielsweise bei Huke (2017).

führender Akteure des politischen Kollektivs sowie parteikonzeptionell relevante Dokumente verwendet.³

Tabelle 2: Deutungsmuster und Akteure (eigene Darstellung)

| 2011 | | | | |
|---|---------|---------------------------|-----------------------------|----------------------------------|
| Deutungsmuster | Akteure | PP (Partei – Webseite) | PSOE (Partei – Webseite) | 15-M/ Indignados ⁴ |
| »Crisis económica« (Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011) | X | X | | Erweiterte Quellen |
| »Elecciones generales« (Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011) | X | X | | Erweiterte Quellen |
| »15-M/Indignados« (Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011) | X | X | | – |
| 2014 | | | | |
| Deutungsmuster | Akteure | PP (Partei – Webseite) | PSOE (Partei – Webseite) | Podemos |
| »Crisis económica« (Zeitraum: 01.01.2014-31.12.2014) | X | X | | Erweiterte Quellen |
| »Elecciones europeas« (Zeitraum: 01.01.2014-30.06.2014) | X | X | | Erweiterte Quellen |
| »Podemos« (Zeitraum: 01.01.2014-31.12.2014) | X | X | | – |

-
- 3 Allgemein sollten die Diskursstränge entlang der gewählten Deutungsmuster immer komplett für das ausgewählte Jahr sequenziert werden. Lediglich für den Diskursstrang *Europawahl* im Mai 2014 wurde eine zeitliche Beschränkung für den unmittelbar diskursiv wirksamen Zeitraum von Januar bis Juni 2014 vorgenommen.
- 4 Die Texte aus den beiden Publikationen der erweiterten Quellen für die 15-M/Indignados wurden unmittelbar im Jahr 2011 veröffentlicht und umfassen sowohl allgemeine Manifeste und Positionierungen der Bewegung als auch (Text-)Beiträge einzelner Mitglieder (vgl. Alberich 2017: 75).

| 2015 | | | | |
|---|---------|------------------------------|--------------------------------|-----------------------------------|
| Deutungsmuster | Akteure | PP (Partei – Webseite) | PSOE (Partei – Webseite) | Podemos (Partei – Webseite) |
| »Crisis económica« (Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015) | X | X | X | |
| »Elecciones generales« (Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015) | X | X | X | |
| »Podemos« (Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015) | X | X | – | |

Insgesamt ergab sich aus dieser Deutungsmusterfilterung folgender quantitativer Textumfang:

Tabelle 3: Quantitativer Textumfang der Deutungsmusterfilterung für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung)

| Partido Popular (PP) | | | |
|----------------------|-------------------------------------|---|------------------------------------|
| 2011 | Crisis económica (01.01.-31.12.) | Elecciones generales (01.01.-31.12.) | 15-M/Indignados (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 606 | 900 | 249 |
| | | | |
| 2014 | Crisis económica (01.01.-31.12.) | Elecciones europeas (01.01.-30.06.) | Podemos (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 683 | 389 | 266 |
| | | | |
| 2015 | Crisis económica (01.01.-31.12.) | Elecciones generales (01.01.-31.12.) | Podemos (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 635 | 909 | 405 |

| Partido Socialista Obrero Español (PSOE)⁵ | | | |
|---|--|---|------------------------------------|
| 2011 | Crisis (económica) (01.01.-31.12.) | Elecciones generales (01.01.-31.12.) | 15-M/Indignados (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 406 | 102 | 10 |
| | | | |
| 2014 | Crisis (económica) (01.01.-31.12.) | Elecciones europeas (01.01.-30.06.) | Podemos (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 351 | 198 | 115 |
| | | | |
| 2015 | Crisis (económica) (01.01.-31.12.) | Elecciones generales (01.01.-31.12.) | Podemos (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 269 | 114 | 166 |
| Podemos | | | |
| 2014 | Elecciones europeas/Crisis económica (erweiterte Quellen) | | |
| Textdokumente | 16 | | |

5 Für die PSOE gilt für die Jahre 2011, 2014 und 2015, dass die Stichwortrecherche keine Eingabe bzw. nur eine sehr geringe Trefferquote (2015) für das Stichwort »crisis económica« zuließ, weswegen in diesen Fällen ergänzend nach dem Schlagwort »crisis« gesucht wurde. Eine Selektion der Texte mit Bezug zur Wirtschaftskrise erfolgte gekoppelt an den nachgelagerten Schritt der Ausdifferenzierung des Korpus. Um jedoch die Vergleichbarkeit mit den recherchierten Texten der PP zu gewährleisten, wurde für die PP die Schlagwortsuche »crisis económica« (606 Treffer/2011, 683 Treffer/2014, 635 Treffer/2015) mit den Ergebnissen der Suche für »crisis« (606 Treffer/2011, 468 Treffer/2014, 384 Treffer/2015) abgeglichen. Alle Texte mit dem Stichwort »crisis« waren auch unter »crisis económica« zu finden, weswegen für die Ausdifferenzierung des Textkorpus die ursprünglich unter »crisis económica« verschlagwortete Trefferliste herangezogen wurde. Für Podemos wurde für das Jahr 2015 analog verfahren und ebenfalls alle Artikel mit der Verschlagwortung »crisis económica« aufgenommen.

| | | |
|---------------|-------------------------------------|---|
| 2015 | Crisis económica (01.01.-31.12.) | Elecciones generales (01.01.-31.12.) |
| Textdokumente | 11 | 41 |

Die erste Recherche der Deutungsmuster wurde als Basis für die Ausdifferenzierung des textlichen Korpus genutzt. Die Zahl der gefundenen Dokumente für einen Zeitraum und einen Akteur schwankt zwischen 10 und 900. In einem nächsten Schritt wurden die Texte inhaltlich gesichtet und eine erste grobe Selektion vorgenommen. So wurde geprüft, ob ein realer Bezug zu den verschlagworteten Deutungsmustern bestand. Aussortiert wurden beispielsweise Dokumente, die sich thematisch mit anderen Wahl- oder Krisenereignissen beschäftigten (wie Autonomie- und Regionalwahlen oder die Ukraine-Krise aus 2014) oder überwiegend andere thematische Schwerpunkte setzten (beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit). Ebenfalls nicht aufgenommen wurden insbesondere bei Texten der PSOE auch Dokumente, die nur unvollständig oder ohne gesichertes Ursprungsdatum abrufbar waren.⁶

Für das Primärkorpus wurden der gefilterten Texte schließlich engmaschig verschlagwortet, also nur Texte ausgewählt, die eine doppelte Trefferquote bei der Deutungsmusterauswahl vorwiesen und dementsprechend als diskursive Knoten im Sinne von Siegfried Jäger aufgefasst werden konnten. Anschließend wurde das Textkorpus nochmals verdichtet oder bei Bedarf ergänzt, sodass die Zahl der für die Analyse zur Verfügung stehenden Texte schließlich zwischen 4 und 67 schwankte.

Dies umfasst alle Texte, die folgenden Deutungsmustern gleichermaßen zugeordnet werden konnten:

6 Ausnahmen bilden hier nur Texte von besonderer Relevanz (unmittelbarer Krisenbezug bzw. Konzeptionalisierung/Auseinandersetzung mit 15-M/Indignados bzw. Podemos) oder einer doppelten Verschlagwortungsquote. Unvollständige Artikel wurden nur verwendet, wenn relevante Aussagen zu den untersuchten Diskurssträngen vorlagen und fehlende Textpassagen sich auf andere, für die vorliegende Arbeit sekundäre Themen bezogen. Darüber hinaus finden sich teilweise bei den Korpusangaben zur PSOE weiterführende Links zu anderen Pressemedien. Dies ist immer dann der Fall, wenn der identische Text im Archiv der Parteihomepage sowie dem jeweiligen journalistischen Medium auffindbar und im Parteiarchiv der PSOE keine Datumsangabe zur Veröffentlichung hinterlegt war. In diesem Fall wurden die Datumsangaben der journalistischen Veröffentlichung für den bibliografischen Verweis übernommen.

- 2011 (für PP und PSOE)⁷:
 - »elecciones generales-crisis económica«
 - »elecciones generales-15-M/Indignados«
 - »crisis económica-15-M/Indignados«
 - 2014 (für PP und PSOE)⁸:
 - »elecciones europeas-crisis económica«
 - »elecciones europeas-Podemos«
 - »crisis económica-Podemos«
 - 2015 (für PP, PSOE und Podemos):
 - »elecciones generales-crisis económica«
 - »elecciones generales-Podemos«^{*}
 - »crisis económica-Podemos«^{*}
- *entfällt für Podemos⁹*

Das verdichtete Textkorpus wurde erneut manuell anhand der Bezugslage sowie Vollständigkeit gesichtet und weiter ausdifferenziert beziehungsweise durch thematisch relevante Artikel, die lediglich ein Schlagwort aufwiesen, ergänzt.¹⁰ In der Folge ergab sich hierdurch folgender Umfang an Primärtexten für das verwendete Korpus¹¹:

-
- 7 Für die 15-M-Bewegung wurde auf Textmaterial aus den Sammelbänden Cabal (2012) und Taibo et al. (2011) zurückgegriffen, anhand derer die gesellschaftlich wirksame diskursive Störfunktion der Bewegung veranschaulicht werden konnte. Eine Filterung der Online-Quellen entfiel in diesem Fall.
- 8 Eine analoge Filterung von Textmaterial für Podemos entfiel für das Jahr 2014, da über die Parteiwebsite und das dortige Archiv keine entsprechenden Materialien abrufbar waren, was mit der unmittelbaren Konstitution der Partei im Jahr 2014 zusammenhängt. Aus diesem Grund wurde für die vergleichende Analyse ein erweitertes Textkorpus herangezogen.
- 9 Mit diesem Deutungsmusterabgleich soll das diskursive Verhältnis der etablierten Kollektive PP und PSOE mit Podemos und der Krisenrealität erarbeitet werden. Ein Abgleich mit Podemos selbst wäre daher selbstreferenziell und bereits von den Deutungsmustern »elecciones generales« und »crisis económica« abgedeckt.
- 10 Die Begründung für die inhaltliche Festlegung der Primärtexte für das jeweilige Jahr wird in den entsprechenden Unterkapiteln der inhaltlichen Analyse erläutert.
- 11 Für eine detaillierte Übersicht über das Primärkorpus siehe »Anlage 1: Korpus Politische Akteure«.

Tabelle 4: Darstellung des quantitativen Umfangs der Texte des Primärkorpus für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung)

| Partido Popular (PP) | | | | |
|---|---|---|---------------------------------------|---|
| 2011 | Elecciones generales – Crisis económica | Elecciones generales – 15-M/ Indignados | Crisis económica – 15-M/ Indignados | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
| Textdokumente | 36 | 6 | 4 | 19 |
| | | | | |
| 2014 | Elecciones europeas – Crisis económica | Elecciones europeas – Podemos | Crisis económica – Podemos | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
| Textdokumente | 45 | 2 | 5 | 32 |
| | | | | |
| 2015 | Elecciones generales – Crisis económica | Elecciones generales – Podemos | Crisis económica – Podemos | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
| Textdokumente | 67 | 33 | 22 | ./. |
| Partido Socialista Obrero Español (PSOE) | | | | |
| 2011 | Elecciones generales – Crisis (económica) | Elecciones generales – 15-M/ Indignados | Crisis (económica) – 15-M/ Indignados | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
| Textdokumente | 19 | 0 | 4 | 24 |
| | | | | |
| 2014 | Elecciones europeas – Crisis (económica) | Elecciones europeas – Podemos | Crisis (económica) – Podemos | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
| Textdokumente | 16 | 0 | 2 | 31 |

| 2015 | Elecciones generales – Crisis (económica) | Elecciones generales –Podemos | Crisis (económica) –Podemos | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) |
|----------------|---|-------------------------------|---|---|
| Textdokumente | 16 | 8 | 16 | 63 |
| Podemos | | | | |
| 2014 | Elecciones europeas/crisis económica (erweiterte Quellen) | | | |
| Textdokumente | 16 | | | |
| 2015 | Elecciones generales – Crisis económica | | Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz) | |
| Textdokumente | 5 | | 33 | |

1. Erste Erschütterung der Diskursverhältnisse (2011)

Entlang der geschilderten Verschlagwortungen und damit verbundenen Selektionen wurde für die beiden politischen etablierten Kollektive und Diskursführungsinstanzen (PP und PSOE) eine exemplarische Auswahl an Primärtexten für das Jahr 2011, die sich unter den Schlagworten »elecciones generales – crisis económica« dem innenpolitischen Diskurs zuordnen ließen, gefunden. Zu kleinteilige bzw. regionalspezifische Artikel, Fokussierungen auf andere Themen bzw. Subkrisen wie bspw. im Agrarbereich oder mit dezierten Bezügen zu Vorhaben für die Regional-/Autonomiewahlen desselben Jahres bzw. zu anderen innenpolitischen Debatten (z.B. Geschlechtergerechtigkeit) wurden nicht mit einbezogen. Ebenso wurden für die in Verbindung mit »15-M/Indignados« stehende Schlagwortsuche alle Texte herausgefiltert, die wirkliche Bezüge zu den Protestbewegungen aufwiesen, da insbesondere hier eine »unsaubere« Verschlagwortung von Seiten der Parteiwebseiten festzustellen war. So ergaben sich hier auch Treffer für Texte, in denen die Zahl »15« (bspw. als Datum) oder das Adjektiv »indignado« in einem anderen Zusammenhang als mit Blick auf die sozialen Bewegungen gebraucht wurde. Zudem wurde für die Parteien PP und PSOE ein vom Umfang und Zeitraum in etwa gleichgewichtetes Textkorpus untersucht. Es ermöglichte einen exemplarischen Einblick in die diskursive Verhandlung der ökonomi-

schen und politischen Krisenrealität beider Akteure und in ihre jeweilige Kollektivinszenierung im Krisenjahr 2011. Gleichermassen soll durch die ergänzende Auseinandersetzung mit den Postulationen der 15-M/Indignados-Protestformen in Bezug auf die wirtschaftliche Situation und die politischen Repräsentationsverhältnisse die Störfunktion dieser sich manifestierenden anderen Erfahrungsweisen der gesellschaftlichen und politischen Realität aufgezeigt werden. Im Zusammenhang mit den machtpolitischen (»elecciones generales« und »15-M/Indignados«) und krisenbezogenen (»crisis económica« und »15-M/Indignados«) Überschneidungen sollen zudem erste Aussagen über die diskursive Rückwirkung der Protestformen auf die etablierten politischen Kollektivakteure und Machtinstanzen Spaniens getroffen werden.

1.1 Politische Akteure (PP, PSOE) und die Krisenrealität

Im Jahr 2011 musste die regierende PSOE eine zunehmend defensive Position gegenüber der oppositionellen und konfrontativen PP einnehmen. Diese Tendenz zeichnete sich schon zu Beginn des Jahres ab. So kritisierte die PSOE mehrfach, die PP nutze die ökonomische Krise vornehmlich zur eigenen parteipolitischen Profilierung aus und nehme bewusst das Andauern der Krise in Kauf, »porque saben que su única oportunidad electoral es que la crisis económica perdure« (PSOE 11.01.2011). Die PSOE warf der PP zudem vor, mit ihrer anhaltenden öffentlichen, populistisch anmutenden Kritik Misstrauen an der Regierungsarbeit zu säen¹², ohne dabei eigene Vorhaben zu konkretisieren oder notwendige Reformvorschläge der PSOE zu unterstützen (vgl. u.a. auch PSOE 13.02.2011: 7, PSOE ohne Datum 2011f). Ohne selbst in der Regierungsverantwortung zu stehen, bediene sich die PP eines konfrontativ-destruktiven Diskurses¹³, der einen falschen Eindruck vom Zustand Spaniens und von der realen Schuldensituation vermittele. Durch Reformblockaden werde die Situation im Land bewusst verschlechtert (vgl. PSOE ohne Datum 2011h, PSOE 15.08.2011).

12 »[El PSOE] pidió hoy al líder del PP, Mariano Rajoy, que aporte confianza y no haga siempre una crítica >fácil y populista« (PSOE ohne Datum 2011q; vgl. auch PSOE 13.07.2011).

13 »[El PSOE] ha pedido este lunes al Partido Popular que >se serene y tenga tranquilidad [...] y le ha echado en cara que, en lugar de apoyar las medidas del Gobierno para afrontar la situación económica, se dedique a hacer >un discurso exclusivamente destructivo« (PSOE 08.08.2011).

Die machtpolitische Logik, die die PP mit Blick auf die Krise verfolge, sehe »la crisis al servicio del poder del PP« (PSOE 17.11.2011a). Um die oftmals destruktive Beurteilung der Situation und Regierungsarbeit durch die PP zu verdeutlichen, führte die PSOE unter anderem Vergleiche mit dem Verhalten der Finanzratingagenturen ins Feld: »El PP es como una agencia de ›rating‹ porque no propone, sólo califica y la calificación que hace a veces va en contra de los intereses de España« (PSOE 14.08.2011). Gleichzeitig wies die PSOE jedwede alleinige Verantwortung für die wirtschaftliche Krisenlage Spaniens zurück. Stattdessen sah sich die Partei mit der Aufgabe und Verantwortung konfrontiert, »de combatir y superar la crisis, que no gener[ó], igual que el paro, que no gener[ó]« (PSOE ohne Datum 2011).

Elementare Bedingung für den Ausweg aus der ökonomischen Krise und das damit verbundene Regierungshandeln war für die PSOE stets, den Sozialstaat, die mit ihm verbundenen Rechte und öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten.¹⁴ Die PSOE lehnte Privatisierungs- und Sparvorhaben für elementare öffentliche Dienstleistungen (wie Bildung und Gesundheit) – wie sie von der PP gefordert wurden – ab (vgl. PSOE ohne Datum 2011j, PSOE 15.05.2011). Zwar initiierte sie ebenfalls verschiedene, mitunter harte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Konsolidierung – beispielsweise eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (vgl. PSOE ohne Datum 2011r) –, dennoch wurde – auch im Zuge des Wahlkampfes der Generalwahlen 2011 – mehrfach die Grundauffassung der Partei wiederholt, »[que] está muy bien hacer políticas de austeridad, estamos dispuestos a hacer esfuerzos [...] [aún] no es lo mismo ahorrar que recortar derechos [...] [...] sólo con políticas de austeridad no salimos de la crisis« (PSOE ohne Datum 2011b).

Diese Leitlinie hatte Präsident Zapatero bereits in seiner 2011 formulierten Rede zur Lage der Nation vorgegeben. Nicht jeder Krisenausweg solle um

14 Ein zentraler Aspekt, den der amtierende PSOE-Präsident Zapatero u.a. auch in seiner Halbjahresbilanz zur Lage der Nation im Juni 2011 betonte: »El presidente del Gobierno [...] ha afirmado hoy que llegará ›tan lejos como sea aconsejable‹ para salir de la crisis, pero ha añadido que no lo hará ›a costa de romper los equilibrios sociales básicos‹ del mercado de trabajo o de quebrar el modelo social y constitucional« (PSOE ohne Datum 2011p). Auch im Nachgang zu den Wahlen im November 2011 und der Niederlage gegen die PP betonte die PSOE, in der Opposition den Kampf gegen die Krise als zentrale Aufgabe zu sehen und gleichzeitig für den Sozialstaat sowie die Rehabilitierung des Ansehens der repräsentativen Demokratie einzutreten (vgl. PSOE 26.11.2011: 11).

jeden Preis verfolgt werden, schon gar nicht» *a costa de romper los equilibrios sociales básicos*« (PSOE ohne Datum 2011p). Die ökonomische Krise Spaniens sei als europäische Herausforderung zu verstehen, die gesellschaftlich angemessen nur auf einer gemeinsamen, vertrauensvollen und sozial ausgewogenen reformorientierten Basis gelöst werden könne: »*España saldrá de la crisis por la izquierda, con más igualdad y mayor cohesión social, con los pilares de nuestro Estado del Bienestar más sólidos*« (PSOE 11.01.2011). Die PSOE setzte angesichts der Krisenrealität auf eine beschwichtigend-beruhigende Inszenierung sowie auf eine hoffnungsvolle Zukunftsbeschreibung.

Die krisenpolitischen Leitlinien und Vorhaben der PP hingegen wirkten in den Augen der PSOE konträr, rückschrittig und sozial ungerecht: »[Habrá un] retroceso frente a avance [...]. Avances sociales igual al gobierno socialista; retroceso igual a derecha« (PSOE ohne Datum 2011o). Nichtsdestotrotz sei nicht nur eine soziale Leitlinie der Krisen- und Wirtschaftspolitik entscheidend, sondern auch das Vertrauen und das Verständnis der Bevölkerung für den gewählten Weg aus der Krise fundamental: »*Frente a la crisis, unidad y no confrontación. Frente a la crisis, responsabilidad colectiva* [...]. *Frente a la crisis, hablar a los ciudadanos, explicarles y estar más cerca de ellos*« (PSOE 13.02.2011: 2). Ein »sozial verträglicher« Krisenausweg wurde im Zuge der Generalwahlen verstärkt an die Agenda der PSOE-Regierung gekoppelt und die Wahlen gar als richtungsweisende Schicksalswahlen dargestellt: »[E]l 20-N, los valores y principios que ganen marcarán el camino« (PSOE ohne Datum 2011a). Bei einem Sieg der PP würden sämtliche bereits erarbeiteten Fortschritte auf dem Weg aus der Krise unterminiert:

»[S]i en algún momento en nuestro país se necesita una mayoría social de progreso, es precisamente en este momento, para que no vengan algunos con la motosierra a cortar de raíz [...] aquello por lo que tanto hemos trabajado durante tanto tiempo.« (PSOE ohne Datum 2011d)

Gerade im Kontext der Generalwahlen und der politischen Kollektivinszenierung stilisierte sich die PSOE als vernünftige, soziale und vor allem sachorientierte Partei und grenzte sich so gegen eine »intrigante« und »verlogene« PP ab (vgl. PSOE 30.07.2011). So wurde der PP unterstellt, teuflische und inhaltsleere Pläne für die Zukunft der spanischen Gesellschaft zu haben: »[L]o único que no está escrito es el futuro [...] [, sin embargo] [l]os males del infierno están en su programa [del PP]« (PSOE ohne Datum 2011a). Darüber hinaus kritisierte die PSOE das Programm der PP als Gefährdung des Sozialstaates und bemängelte im Wahlkampf erneut das manipulative Vorgehen

der Partei, verstärktes Misstrauen in die wirtschaftliche Situation und politische Linie der PSOE zu provozieren, um letztlich politisches Kapital daraus schlagen zu können (vgl. PSOE ohne Datum 2011m). Zwar räumte die PSOE ein, dass nicht alle Entscheidungen der Regierung gut und richtig gewesen seien, berief sich allerdings darauf, in der schwierigen Krisensituation Verantwortung übernommen zu haben und handlungsbereit gewesen zu sein, wohingegen die PP sich in ihrer Arbeit auf Provokationen beschränkt und die Situation immer schlecht geredet habe (vgl. u.a. PSOE 15.10.2011: 4). Selbst angesichts der Wahlniederlage betonte die PSOE nochmals die Differenz zur PP und bekräftigte,

»[que] va a hacer una >oposición responsable< [...] [y] distinta de la que han hecho los dirigentes del PP en la pasada legislatura. Una oposición >que no crispe, que permita un debate racional [...] evitando los insultos que emprobecen la vida política.« (PSOE 20.12.2011)

Die PSOE inszenierte sich angesichts der ökonomischen Krisenrealität in Abgrenzung zur PP als solide und fortschrittliche politische Kraft. Die Wahl zwischen beiden Parteien und die politische Einflussmöglichkeit der PSOE wurde somit als Richtungsentscheidung für die weitere Zukunft Spaniens – und insbesondere des Sozialwesens – präsentiert. Auch die PP hatte die Generalwahlen 2011 als Schicksalswahlen bezeichnet. Sie seien dringend notwendig, um den Wandel Spaniens voranzubringen: »[E]l 20 de noviembre no sólo se elige un parlamento. El 20 de noviembre se elige un camino y un destino para la sociedad española« (PP 08.10.2011). Die bisherige politische Arbeit der PSOE-Regierung wurde als desaströs und gefährlich für das Land stilisiert. Der Partei müsse nach »ocho años de malas políticas socialistas« (PP 11.11.2011) ein Ende gesetzt werden. Ziel sei eine ehrliche, verlässliche und zukunftsorientierte Politik (vgl. PP 11.11.2011). Häufig verglich die PP die Situation mit dem letzten Machtwechsel (1996–2004)¹⁵, der ebenfalls in einer

15 Bis in die Mitte der 1990er Jahre hatte in den Jahren nach Ende der Franco-Diktatur überwiegend die sozialistische PSOE – teilweise durch die Unterstützung kleinerer Parteien – die spanische Regierung gestellt (vgl. Orosz 2009: 49). Das Vertrauen und der Zuspruch der Bevölkerung erodierten jedoch Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation (z.B. Anstieg der Arbeitslosigkeit), vermehrter Korruptionsaffären und der gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der baskischen ETA (vgl. Bernecker 2012: 210). Der Grund für das »Ende der PSOE-Regierung »[kann daher] [...] weniger in den zahlreichen sozialen Härten und Unbeständigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern in

gesellschaftlich prekären Situation – vor allem mit Blick auf einen ähnlich hohen Arbeitslosenstand – stattgefunden habe. Der Ausweg aus der Krise und die Rückführung in gesellschaftlichen Wohlstand seien damals durch die Regierungsübernahme der PP erreicht worden¹⁶: »Lo [el estado de crisis] vamos a superar, porque ya lo hemos hecho antes«, [recordó el PP], en referencia a la etapa de Gobierno del PP entre los años 1996 y 2004« (PP 29.10.2011; vgl. auch PP 13.11.2011). Die PP stilisierte sich somit als starke und kompetente Regierungsalternative (vgl. PP 05.11.2011, PP 09.11.2011). Sie werde dafür sorgen, dass »España vuelva a ser admirada« (PP 18.11.2011b).

Doch nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch mit Blick auf den Umgang mit der Bevölkerung und der Rehabilitierung der repräsentativen Demokratie inszenierte sich die PP als zentraler Akteur, der zu absoluter Wahrheit verpflichtet sei und seine Wähler nicht betrügen werde (vgl. PP 05.11.2011, PP 05.05.2011). So stehe die PP stets für eine Regierung »sin hipocresías, sin mentiras y diciendo la verdad« (PP 18.04.2011), wohingegen die PSOE die Krisenrealität leugnen beziehungsweise verkennen würde (vgl. PP 19.07.2011). Ihr Handeln habe letzten Endes zu Misstrauen und Skepsis gegenüber der Politik geführt (vgl. PP 08.10.2011) und Spanien in die Situation eines »emergencia

erster Linie in dem ungeheuren Ausmaß von Korruption und Machtmissbrauch der eigenen [PSOE] Regierung [gesehen werden]« (Orosz 2009: 60). Gleichermaßen stellte der Übergang von der sozialistischen politischen Führung in eine konservative Führung der PP einen entscheidenden Wandel für die spanische Gesellschaft dar: Denn mit diesem Übergang rehabilitierte sich die konservative Führung für die Breite der Gesellschaft. Das wäre in den ersten Jahren nach der Franco-Diktatur undenkbar gewesen. Zumal die PP als Nachfolgerin der *Alianza Popular* auch in Verbindung zum Franquismus stand und einer Vielzahl ehemaliger Franquisten eine politische Heimat bot (vgl. ebd.: 49). So führte der Wechsel auf eine PP-Regierung »zum Gefühl einer Zeitenwende. Die Rückkehr der Konservativen an die Macht war für Spanien insofern von großer psychologischer Bedeutung, als damit ›Normalität‹ unter demokratischen Bedingungen demonstriert werden konnte [...]. Die neuerliche Erfahrung eines geordneten Regierungswechsels war für die Spanier ein deutlicher Beleg für das Funktionieren ihrer demokratischen Institutionen« (Bernecker 2012: 211).

16 Diese Argumentation entspricht jedoch nicht unbedingt der realhistorischen Faktentlage. So hatte sich die kurze Phase der Rezession der 1990er Jahre bei Amtsantritt der PP bereits wieder weitestgehend konsolidiert. Auf dieser Grundlage konnten durch die PP unmittelbar verschiedene Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen getroffen werden, die zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung (vgl. Orosz 2009: 61), der problemlosen Erfüllung der Maastrichter Konvergenz-Kriterien beitrugen und Spanien die Aufnahme in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ermöglichen (vgl. Bernecker 2012: 211).

nacional« (PP 13.11.2011) gebracht. Lediglich der Regierungswechsel ermögliche den rettenden Ausweg (vgl. unter anderem PP 09.09.2011, 03.11.2011). Primäres Ziel der PP war die Auflösung der wirtschaftlichen Krisensituation und die nationale Konsolidierung Spaniens: »[El PP] tiene claro cómo hay que luchar contra la crisis y el paro [...], que su enemigo es la crisis y ningún otro adversario« (PP 08.11.2011). Insgesamt weist die Diskursgestaltung der PP also eine kämpferische Linie auf – sowohl gegen die Krise als auch die PSOE.

Eine nachhaltige Konsolidierung könne nur durch Einsparungen und Reformen erreicht werden (vgl. PP 28.11.2011). Dementsprechend würden nach Regierungsübernahme insbesondere Perspektiven für die Jugend geschaffen und die Schuldensituation weitestgehend stabilisiert werden (vgl. PP 19.12.2011, vgl. PP 21.12.2011). Zudem werde sich die PP für einen geeinten Weg aus der Krise einsetzen, der radikalen Polemiken anderer Gruppierungen und gesellschaftlicher Zwietracht entgegenstehen,

»[dado que] los españoles, unidos, somos muchos; pero separados somos carne de miseria [...]. [El PP pide] a «nacionalistas y socialistas que dejen intentar ganar un mísero voto con viejos prejuicios regionales» porque «hoy, más que nunca: o estamos unidos, o no nos salvamos de la crisis.« (PP 09.10.2011)

Diese Forderung wiederholte die PP auch angesichts ihres Wahlerfolges und der damit verbundenen Regierungsübernahme Ende 2011. Der Weg zum Wandel sei eine gemeinsame Herausforderung und Aufgabe der ganzen Nation. Er sei nur gemeinsam mit der Bevölkerung gangbar:

»Un gobierno solo no llega. Es una tarea de toda la nación. [...] Ahora vivimos en un momento de dificultades. [...] Hay mucha gente que lo está pasando mal. Y esto requiere hacer otra política económica y explicarla muy bien« (PP 03.12.2011).

Indirekt rekurrierte die PP auf die nachfolgend beschriebenen Proteste. So betonte sie, dass eine andere Wirtschaftspolitik möglich sei und dass es andere (Wissens-)Grundlagen für politisches Handeln nicht nur gebe, sondern diese auch genutzt werden könnten, um die gegebene Krisensituation in den Griff zu bekommen.

1.2 Soziale Proteste und ihre Auswirkungen

Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit der Krisen- und Repräsentationskonzeption der PSOE und PP für das Jahr 2011 soll nun der Fokus auf die Forderungen der 15-M-/Indignados-Bewegung und die Auswirkung dieser sozialen Protestform auf die Diskurse der politischen Kollektive gelegt werden. Letztlich diente die 15-M-Bewegung als Sprachrohr für ein breites Wut- und Protestgefühl, das sich angesichts der realgesellschaftlichen Krisensituation (wie massenhafte Wohnungsenteignungen, zunehmende Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Bauruinen und leerstehende Großprojekte) bildete. Die unmittelbare Krisenerfahrung der spanischen Bevölkerung materialisierte sich folglich in der Protestformation.

Als Dokument, das die Forderungen und Anliegen der Bewegung nachvollziehbar macht, dient zum einen das politische Manifest *Democracia real ya*. Es wurde im Zuge der namensgebenden Protestaktion am 15. Mai 2011 verbreitet (vgl. Cabal 2012: 7ff., Taibo 2011: 83ff.). Zum anderen sollen die – im Rahmen von öffentlichen Diskussionen bei den Protesten im Mai 2011 zusammengestellten – *Propuestas* der Bewegung untersucht werden (vgl. Cabal 2012: 10-16, Taibo: 87-92). Beide Dokumente stellen regionenübergreifende Texte der Bewegung dar und sollen primär hinsichtlich ihrer Aussagen zur wirtschaftlichen Krisensituation und politischen Repräsentation analysiert werden, um im Nachgang die Auswirkungen der Protestformierung und ihrer Forderungen mit den politischen Kollektivakteuren PP und PSOE abzugleichen. Ergänzend werden verschiedene (Meinungs-)Beiträge aus Cabal (2012) hinzugezogen.

Das Protestkollektiv der 15-M/Indignados versteht sich laut Manifest als Repräsentanz der allgemeinen Gesellschaft (vgl. ohne Autor 2011: 83), die angesichts der ökonomischen und politischen Situation eine gemeinsame Frustration und Empörung eint:

»[T]odos estamos preocupados e indignados por el panorama político, económico y social que vemos a nuestro alrededor. Por la corrupción de los políticos, empresarios, banqueros [...] Esta situación nos hace daño diametralmente. Pero si todos unimos, podemos cambiarla.« (ohne Autor 2011: 83)

So stilisiert sich das Kollektiv als »levantamiento pacífico de ciudadanos [...] es una explosión política pacífica extraparlamentaria que se dirige contra el sistema en su conjunto« (Cotarelo 2012: 46). Als bürgerliche Kraft stehe

die Bewegung außerhalb des politischen Systems und seiner Repräsentationsinstanzen. Bereits an dieser Stelle wird der Bruch mit der vorherrschenden etablierten Ordnung und dem politischen wie wirtschaftlichen System deutlich.¹⁷

Weder Politik noch Ökonomie würden die elementaren Grundrechte der Gesellschaft (zum Beispiel das Recht auf Wohnen, Arbeit, Gesundheit oder Bildung) respektieren (vgl. ohne Autor 2011: 84). Stattdessen bereichere man sich auf Kosten der Gesellschaft und folge blind marktökonomischen Prinzipien, die einzig und allein das Ziel hätten, die »dictadura partitocrática [...] por las inamovibles siglas del PPSOE« (ohne Autor 2011: 84) weiter in ihrer Macht zu festigen. Zwischen PP und PSOE, sprich den beiden politisch etablierten Kollektiven Spaniens, wurde folglich keinerlei Unterschied gemacht. Stattdessen kanalisierte sich über die Bewegung des 15-M eine allgegenwärtige Wut auf einen »bipartidismo asqueroso« (Balboa 2012: 40). Diesem wurde die Inkaufnahme gesellschaftlicher Missstände zugunsten ihres Machtverhalts und ein marktorientiertes wirtschaftliches Kalkül vorgeworfen (vgl. Balboa 2012: 40). Mit bildreicher Sprache wurde der doppelte Boden der Wut ausgeschmückt: Die Bewegung richtete sich sowohl gegen die politische Repräsentationsweise der etablierten politischen Kollektive als auch gegen die wirtschaftliche Krisensituation und ihre Auswirkungen, die von diesen Repräsentationsinstanzen verantwortet wurden,

»[así que] los capitalismos democráticos no dejan casi ningún margen de repuesta institucional. En los parlamentos se puede hablar de todo, excepto de >esto<, a saber, de la vida real de la mayoría de la población y de sus expectativas [...]. De ahí la doble indignación ante un sistema de explotación cada vez más incapaz de representar el interés de las mayorías sociales.« (Maurus 2012: 33)

Vor diesem Hintergrund prangerte die Bewegung auch die lancierten Regierungsmaßnahmen als zerstörerisch und in keiner Weise in Einklang mit den

17 Siehe hierzu auch die Protestuntergruppierung *Abrasad@s del Sol*: »[E]l día 15 de mayo [...] ha abierto una grieta en la muralla del orden establecido, de la rutina y hasta del sentido común domesticado, por la que se ha colado el espíritu de la libertad [...] que estamos intendando reinventar y experimentar como el mejor medio y el más legítimo para adueñarnos verdaderamente de nuestro destino, sin la dictadura del dinero ni la tutela de los políticos« (Abbrasad@s del Sol 2012: 25).

realgesellschaftlichen Interessen an.¹⁸ Zudem seien diese Maßnahmen immer unter Verweis auf die Notwendigkeit und Alternativlosigkeit für Spanien angesichts der Krisenlage getroffen worden. Hierdurch wurde politisches (Ausnahme-)Handeln ebengerade über die Legitimationsfolie des Krisenzustandes sowie einer damit extern verursachten Bedrohungslage legitimiert und institutionalisiert (vgl. Navarro 2012: 102f.). Auf Basis dieser Annahmen forderte das 15-M-Kollektiv eine Veränderung politischer Repräsentation und Teilhabe. Auch wurde eine fundamentale Kritik am Wirtschaftssystem laut:

»Ahora, cuando de repente han empezado a descubrir, abocados por las circunstancias socioeconómicas, que para la sociedad de consumo nada tienen los que nada poseen, que ellos, en realidad, nunca tuvieron nada y que ahora, además, tienen menos que nada: no tienen si quiera un futuro de oportunidades al que agarrarse, [...] que han dejado de existir según sus propios códigos de valores perviamente interiorizados desde las estructuras ideológicas y culturales de la sociedad de consumo, se han cabreado, y con razón: Se han indignado.« (Honrubia Hurtado 2012: 74)

Die Kritik nährte sich aus dem Gefühl, dass ein großer Teil der Bevölkerung – vornehmlich Arbeiter und Jugendliche – sowohl für die Krise zahlen müsse als auch zu den Leidtragenden von Krisenpolitik und dysfunktionaler spanischer Wirtschaftspolitik gehöre.¹⁹ Es sei eine breite sozialpolitische Veränderung vonnöten. In dieser Hinsicht fungierte die 15-M-Bewegung als Instrument der Kritik an der wirtschaftlichen Situation und war geprägt von der Beteiligung der jungen Generation:

18 Für eine exemplarische Auflistung dieser Regierungsentscheidungen aus Sicht der 15-M siehe Navarro (2012: 101f.): Prekarisierung von Anstellungsverhältnissen, Lohnreduzierung (vor allem im öffentlichen Dienst), Privatisierungen, die Anhebung des Renteneintrittsalters und Schuldenforderungen nach Zwangsräumungen.

19 Vor allem die insgesamt von Fehlanreizen und Privatisierungen geleitete spanische Wirtschaftspolitik habe die gravierende Krisensituation evoziert und somit einen Großteil der Bevölkerung ohne wirklich eigenes Zutun in eine absolut prekäre Situation gebracht (vgl. Mateo 2011: 31). Somit sei es Aufgabe des spanischen Staates, für ein neues Gleichgewicht und eine systemische Korrektur zu sorgen, die der gegenwärtig praktizierten Krisenpolitik der Einsparungen von öffentlichen Ausgaben entgegentreten sollte: »[S]e debe apostar por la recuperación de la iniciativa del sector público [...] junto a una fiscalidad progresiva que limite la dependencia de los mercados financieros« (ebd.).

»Es un movimiento de crítica al actual modelo económico y los intentos de que la crisis la paguen los trabajadores con un peso fundamental de la juventud [...] actúe como factor desencadenante y catalizador de un ciclo de luchas sociales más amplio.« (Antentas/Vivas 2011: 16f.)

Auf Basis dieser vom Kollektiv konstatierten systemisch inhärenten Differenzen bzw. Exklusionsmechanismen rief auch das Manifest zu einer wirtschaftlichen Neuordnung auf. So solle Spanien sich als gesellschaftliches Kollektiv der Profitdienstleistung einiger Weniger widersetzen und eine ethische Revolution anstoßen, die sich nicht dem Geld unterordnet, Personen und nicht Märkte in den Vordergrund stellt und nicht einer abstrakten Rentabilität folgt, sondern für Nachhaltigkeit einsteht (vgl. ohne Autor 2011: 85).

Waren die Forderungen des Manifests noch auf einer allgemeinen Ebene formuliert (sozusagen als Rahmung für die Protestformationen oder gemeinsames Minimalprogramm) (vgl. Yesca 2012: 123), erwiesen sich die auf öffentlichen Plätzen formulierten *Propuestas* durchaus als zielgerichtet. Über diese Proteste rückte Politik wieder in das Sichtfeld der Öffentlichkeit und wurde kollektiv verhandelbar – zumindest schien es so.²⁰ Gefordert wurde unter anderem die Abschaffung sämtlicher Privilegien von spanischen Abgeordneten sowie eine klare Nachverfolgung und Abstrafung von Korruptionsfällen (vgl. ohne Autor 2011a: 87). Darüber hinaus wurde die Ausweitung von unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten, keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters, eine Grundversorgung von Arbeitslosen (vgl. ebd.: 88), die öffentliche Kontrolle des Bankenwesens und die Bestrafung spekulativen Verhaltens gefordert (vgl. ebd.: 90).

Mit Blick auf politische Repräsentationsverhältnisse wurde zudem verlangt, mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen beziehungsweise das Wahlrecht zu reformieren, eine unabhängige Justiz einzurichten, parteipolitische Transparenz zu schaffen und Referenden für alle »medidas dictadas desde la Unión Europea« (ebd.: 91) zu ermöglichen. Im Nachgang zu den

²⁰ Siehe auch Freire (2012): »La invasión pacífica de las plazas por los ciudadanos es el símbolo de la recuperación del espacio público, del deseo de hacer política profunda y real. No la ficción que nos ofrecen con representaciones cada cuatro años. La gente quiere hacer lo mismo que hacen los grupos de poder que determinan las políticas de gobierno mucho más que los votos: quieren opinar, proponer, debatir... influir. Y, al contrario de la práctica habitual de políticos [...] quieren hacerlo de forma transparente y abierta« (Freire 2012: 52).

detaillierten Aufschlüsselungen reduzierten sich die Kernforderungen der *Indignados* auf vier primäre Anliegen (ebd.: 92):

- »1. Reforma electoral encaminada a una democracia más proporcional y a desarrollar mecanismos de participación ciudadana
- 2. Lucha contra la corrupción política mediante normas orientadas hacia una total transparencia política
- 3. Separación efectiva de los poderes públicos
- 4. Creación de mecanismos de control ciudadano para la existencia efectiva de responsabilidad política«.

Regionale Subgruppierungen und weitere Protestaktionen der 15-M-/Indignados-Bewegung griffen diese Forderungen bzw. Teile dieser Forderungen auf.²¹ Bei den etablierten politischen Kollektivakteuren PP und PSOE ist jedoch über den ausgewählten Textkorpus für das Jahr 2011 keine intensive Auseinandersetzung mit diesem Protest auszumachen. Die PP fasste die Mai-Proteste lediglich als weiteren Beleg für die schlechte PSOE-Politik und die unerfüllten Versprechen auf (vgl. PP 14.05.2011, PP 19.05.2011a). Darüber hinaus nutzte die PP die Proteste dazu, die Kritik an der PSOE zu verschärfen. Die PSOE habe weder die ökonomische noch die politische Lage in Spanien unter Kontrolle und verfolge im Umgang mit den Protesten keine klare politische Linie (vgl. PP 04.08.2011).

Die Forderungen der 15-M-/Indignados-Bewegung wurden nicht als Kritik an der eigenen politischen Arbeit interpretiert, sondern als Ausdruck für »un pueblo cansado de la crisis« (PP 18.05.2011) wahrgenommen. Die Wut sei eine Bestätigung dafür, dass sich die Bevölkerung nach Wandel sehne, dem durch die Wahl der PP-Regierung Ausdruck verliehen werden sollte (vgl. ebd.). Insbesondere die Frustration der Jugend sei angesichts der Nicht-Präsentation ihrer Anliegen durch die PSOE mehr als verständlich, dürfe allerdings nach Ansicht der PP nur zu einer Wahlentscheidung für die PP und nicht zu radikalen (Protest-)Auswüchsen führen (vgl. PP 19.05.2011b). Folglich setzte sich die PP inhaltlich nicht mit den Protesten auseinander, sondern

²¹ Für eine Übersicht über sämtliche Proklamationen und Leitsprüche, die von der Bewegung und ihren Subgruppierungen bei Protestaktionen oder auf den verschiedenen Webplattformen verwendet wurden siehe Cabal (2012: 145ff.). Insbesondere die Kritik gegenüber den politischen Kollektiven PP und PSOE wird hieraus immer wieder deutlich: »PPSOE = PP + PSOE«, »No nos representáis (a los partidos y a los políticos)«; »Otra política es posible, Queremos respuestas«.

nutzte die angespannte innenpolitische Stimmung, um sich selbst als politische Kraft zu inszenieren, die dem Wunsch nach Wandel auf Basis einer demokratischen Wahlentscheidung nachkommen werde:

»Para el [PP] los ciudadanos [...] no estaban de acuerdo con los Gobiernos que no habían visto la crisis, y [...] que no han sido capaces de luchar contra la crisis. [...] [E]n referencia al movimiento del 15-M [...] la solución a la indignación la ponen las urnas, la da el cambio, y creemos que esa solución es el Partido Popular. [...] Nos vamos [el PP] a preparar para ser la alternativa que la dignidad de España está exigiendo.« (PP 20.06.2011)

Obwohl die PP inhaltlich kaum auf die Proteste einging, lassen sich im Zuge des politischen Diskurses rund um die Generalwahlen verschiedene Belege dafür finden, dass die Impulse der 15-M-Bewegung durchaus auf die politische Inszenierung der PP wirkten. So wurde die eigene Parteiehrlichkeit, der Respekt vor den Bürgern, die Dialogsuche und die Inszenierung als Kraft des Wandels betont.

Ähnlich reagierte auch die PSOE auf die Proteste. Zunächst zeigte sie Verständnis und bekräftigte ihren Wunsch, weitere und andere Perspektiven zu schaffen. Sie wollte das desaströse gesellschaftliche Ausmaß der Krisensituation anerkennen (vgl. PSOE 14.05.2011, PSOE ohne Datum 2011n, PSOE ohne Datum 2011t). Wie die PP versucht auch die PSOE, sich als Kraft zu initiieren, die Lösungen anbieten kann. Darüber hinaus bekräftigte sie, jedwede Regierungsmacht liege bei den Bürgern und deren Interessen würden ernst genommen. Auch inhaltlich griff die PSOE einige der Forderungen der Bewegung auf, beispielsweise zur Restrukturierung des Bankenwesens, Reformation des Wahlrechts oder zum Kampf gegen Korruption (vgl. PSOE 09.07.2011: 3ff.). Schließlich liege es im Auftrag der Regierung »[de] hacerse cargo del malestar de los ciudadanos [...] y hay que servirles democráticamente« (PSOE 21.06.2011).

Anders als die PP zeigte sich die PSOE zum Dialog mit der Bewegung bereit und kritisierte die Versuche der PP, die Bewegung gezielt gegen die Regierung zu manipulieren (vgl. PSOE 06.08.2011). Sie versuchte, sich mit der Bewegung gemein zu machen, indem sie deren sozialistische Forderungen teilte und diese als Beleg dafür anführte, gegen das Feindbild der PP agieren zu müssen, indem man die PSOE unterstützte, »[así que l]os que defendemos la justicia social somos los que damos mejor respuesta a esas preocupaciones que tienen los ciudadanos« (PSOE 16.05.2011). Schließlich verfolgte nur die PSOE einen klaren und sozialen Ausweg aus der Krise. Die PP-Re-

gierung hingegen sorge dafür, »[que si] en España hoy hay indignados, [...] después del 20-N habrá miles de desesperados« (PSOE 03.11.2011). So habe es unter der letzten PP-Regierung bereits massive Proteste und Bruchsituationen zwischen Politik und Gesellschaft sowie eine permanente innenpolitische Reizung gegeben (zum Beispiel aufgrund des spanischen Einsatzes im Irakkrieg oder der Terroranschläge in Madrid im März 2004): »[L]o que había era una convulsión social permanente [...]. No había indignados, había irritados permanentes« (PSOE 14.05.2011).

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die 15-M-Bewegung als solche zwar nicht als handlungsfähiger Akteur mit Blick auf die politisch-systemische Machtverteilung in Spanien einschalten konnte – was aber auch nie Anliegen der Formation war. So strebte die Bewegung nie eine politische Institutionalisierung, sondern lediglich die breite Mobilisierung eines politisch-kritischen gesellschaftlichen Bewusstseins an.²² Gleichermassen wurde deutlich, dass die ökonomische Krisensituation 2011 Impulse für die mitunter konträren Diskursrealitäten lieferte und als Grundlage für die konfrontativen Positionierungen zwischen Gesellschaft und etablierter Politik sowie zwischen PP und PSOE diente. Inwiefern diese Störungsimpulse den neuen politischen Akteur *Podemos* auf den Plan riefen und sich somit ›andere‹ politisch-diskursive Wissensbestände institutionell formieren konnten, sollen die nachfolgenden inhaltlichen Analysen der diskursiven Teilstränge der Jahre 2014 und 2015 zeigen.

2. Dynamisierung des Diskurses (2014)

Die Untersuchung der diskursiven Kriseninszenierung im Zuge der Europawahlen wurde auf den Zeitraum von Januar bis Juli 2014 fokussiert, um Artikulationen mit Blick auf den Konnex Europawahl-Spanien herauszuarbeiten

22 »[Thus] [t]he 15M does not want your vote, your money, indoctrinations, immolations or submission to leaders or acronyms. The 15M wants the citizenry to wake up« (Monedero 2019: 44). Huke (2017) sieht just in dieser mangelnden Institutionalisierung eine nachhaltig strukturelle Schwäche der Bewegung, die sie ebengerade in ihrem Modus als Impulsgeber ohne nachhaltige politische Repräsentationsmöglichkeit oder wirkliche Veränderungseffekte verbleiben ließ: »Durch ihre geringe Institutionalisierung, Strukturierung und Bürokratisierung, aber auch ihre Fragmentierung blieben die neuen Bewegungen flüchtig und die durch sie geöffneten Räume der Deliberation und des Protestes temporär, fragil und prekär« (Huke 2017: 262).

ten, da diese als Initialereignis für die Etablierung von Podemos angenommen werden können. Konkret wurde die Auseinandersetzung der Akteure PP und PSOE mit der neuen politischen Formation Podemos betrachtet – sowohl im Kontext der Europawahl als auch der wirtschaftlichen Krisensituation. Es wurden also Texte mit den Schlagwörtern »Podemos – crisis económica« und »Podemos – elecciones europeas« in die Auswahl einbezogen. Um krisenwirksame Konstituierungsweisen für die Schlagwörter »Podemos – crisis económica« zu prüfen, wurde zudem der komplette Zeitraum 2014 in den Blick genommen. Texte, die sich auf andere (transnationale) Krisenereignisse des Jahres (z.B. Ukraine-Krise), auf regionalspezifische (regionale Unabhängigkeitsbewegungen u.a. in Katalonien, ETA-Konflikt; regionale Wahlsituation/ Ergebnisse) oder weiterführende innenpolitische Debatten (Diskussion um Abtreibungsgesetze, Diskussion um eine spanische Verfassungs- und Wahlrechtsreform) bezogen, wurden für die Analyse der gewählten Diskursstränge außen vorgelassen.

Podemos konstituierte sich als Akteur erst im Jahr 2014, daher umfasst das Parteiarchiv der Website keine Artikel aus diesem Zeitraum. Aus diesem Grund wurde die Quellenbasis ergänzt um relevante Gründungs- und Positionspapiere des Parteikollektivs, Blogbeiträge im journalistischen Medium *El Público*,²³ Presseartikel in anderen spanischen Zeitungen oder Artikel des Madrider *Círculo Podemos-Getafe*.²⁴

2.1 Podemos als neuer Akteur

Am 14. Januar 2014 veröffentlichten spanische Akademiker das *Manifiesto, Movérnica: convertir la indignación en cambio político* (vgl. Monedero et al. 2014). Es

23 Neben den Veröffentlichungen auf Blogs oder über *El Público* nutzte das Podemos-Kollektiv in seiner anfänglichen Konstituierungsphase sowohl die sozialen Medien wie Facebook und Twitter (vgl. Elorza 2016: 29) als auch den eigenen TV-Sender *La Tuerka* und die von Pablo Iglesias moderierte politische (Talk-)Show als Kommunikationsmittel (vgl. Nez 2015: 30ff., Zelik 2015: 123ff.).

24 Video- und Twitterbeiträge, über die sich Podemos positioniert, wurden nicht in die Analyse aufgenommen. Für eine spezifischere Auseinandersetzung mit der medialen politischen Diskursführung von Podemos siehe López (2018), Elorza (2016) oder Mateiro Reguero (2015). Darüber hinaus sollte im Vergleich zu den für die PP und PSOE gewählten textlichen Datenmaterialien ein vergleichbares Korpus gewählt werden. Auch in diesen Fällen wurden weder Twitter-Beiträge noch Videomaterial berücksichtigt.

gilt als Grundstein für die Formierung von Podemos und kritisiert die ökonomischen und politisch-repräsentativen Verhältnisse in Spanien:

»En nuestro caso [situación en España], estamos ante la mayor pérdida de credibilidad del régimen nacido con la Constitución de 1978. Movimientos de indignación política como el 15M conectaron con una calara voluntad popular: no sacrificar más derechos en altar de unos mercados guiados por la especulación y la rapiña. [...] Estamos ante un golpe de Estado financiero contra los pueblos del sur de la Eurozona. Los que mandan están vendiendo el país y nuestro futuro a trozos.« (Monedero et al. 2014: 1)

Für die Unterzeichner des Manifestes ließen diese Umstände letztlich keine andere Schlussfolgerung zu, als dass

»[e]n las próximas elecciones al Parlamento Europeo [...] haya una candidatura que se ofrezca a la ola de indignación popular [...] Necesitamos una candidatura unitaria y de ruptura [...] y que suponga una amenaza real para el régimen bipartidista del PP y del PSOE.« (Ebd.: 2)

Die über die Jahre gesammelten Prekarisierungs- und Armutserfahrungen der Bevölkerung seien Effekt der Regierungspolitik von PP und PSOE – der elitären politischen Kaste (vgl. ebd.) – und von beiden Parteien – ob in Regierung oder Opposition – in Kauf genommen worden. Deswegen hätten sich beide gleichermaßen schuldig gemacht, wie unter anderem auch die Partei *Izquierda Anticapitalista* (IA) in einer Deklaration zur Unterstützung des Podemos-Kollektivs herausarbeitete (vgl. Izquierda Anticapitalista 2014). Mit dieser Kritik am etablierten spanischen politischen System und seinen Repräsentationskollektiven wurden Argumente aufgegriffen, die auch bereits unter den Forderungen und Analysen der 15-M-Proteste zu finden waren. Neben der Versprachlichung klarer Dichotomien (Volk gegen Establishment) wurden der PP und PSOE in ihrem Ansehen gleichermaßen abgewertet und ihre bisherige Stellung in der politischen Ordnung zunehmend infrage gestellt. Mit dem Kollektiv Podemos sollte somit sowohl ein Gegenspieler zu den etablierten politischen Kollektivakteuren als auch eine verbindliche Materialisierung der Anliegen der 15-M-Proteste ermöglicht werden, die einen Umbruch angesichts der wirtschaftlichen wie auch politisch-repräsentativen Situation evozierte:

»Podemos es la voluntad de convertir la indignación en poder político de ruptura con la actual situación [...] que suponga una amenaza real para el régimen bipartidista del PP y del PSOE.« (Círculo de Getafe 25.03.2014b)

Als neuer Kollektivakteur gelang es Podemos, alternative Handlungs- und Konzeptionsmöglichkeiten aufzuzeigen und die gesellschaftliche wie politische Realität zu irritieren. Diese Wirkweise war bereits in den Anti-Establishment-Narrativen der 15-M-Bewegung angelegt.²⁵ Bereits im Ursprungsmanifest zum Podemos-Kollektiv fanden sich entsprechende Forderungen nach einem alternativen und nachhaltigen Wirtschaftsmodell, die Schaffung eines würdigen Lohnniveaus und gute Arbeitsbedingungen, die Abkehr von Privatisierungen, die offene Teilhabe von Bürgern und politische Transparenz (vgl. Monedero et al. 2014: 3f.). Diese Anliegen flossen letztlich auch in Vorschläge für das Wahlprogramm des Kollektivs zur Europawahl ein (vgl. Podemos 23.02.2014), welche über einen umfassenden Prozess der Bürgerbeteiligung und in einzelnen Arbeitskreisen des Kollektivs (*Círculos Podemos*) erarbeitet wurden.

Mittels der *Círculos Podemos*, die als Basisnetzwerk des Kollektivs über ganz Spanien etabliert wurden und bei denen alle interessierten Personen mitwirken konnten, verfolgte Podemos das Ziel, sich nicht wie üblich mit klassischer Parteistruktur und -hierarchie zu organisieren, sondern stattdessen das Volk in einer offenen Netzwerkstruktur als politischen Akteur zu ermächtigen (vgl. Iglesias Turrión 24.01.2014).²⁶ Zentrale Annahme des Kollektivs und Leitlinie für die eigene Konstituierung war es folglich, dass Podemos in seiner offenen und partizipativen Verfasstheit in Fortführung der 15-M-Proteste auch zur Etablierung anderer politischer Machtmechanismen führen würde: »Podemos somos tod@s nosotr@s, estamos construyendo un mecanismo de poder político que ya no nos podrán arrebatar« (Podemos 06.05.2014).

25 »El 15M avejentó a las élites y a las narrativas oficiales, poniendo en evidencia al agotamiento de sus consensos, de sus certezas, de los marcos con los que se distribuían las posiciones y se explicaba el rol de cada cual en el contrato social o se canalizaban las demandas ciudadanas« (Podemos ohne Datum 2014: 1).

26 Um der Wirkmächtigkeit der >Zirkel< Rechnung zu tragen, machte der Podemos-Vorsitzende, Pablo Iglesias, es zur Bedingung, dass die Zirkel direkt in die Sammlung von Unterstützerstimmen eingebunden wurden. Iglesias Bedingung für den Fortbestand des Kollektivs und einen Antritt bei den Europawahlen waren 50.000 Stimmen, die bis Anfang Februar 2014 gesammelt werden sollten (vgl. Giménez 17.01.2014).

Neben einer anderen Wirtschafts- und Krisenpolitik stilisierte sich Podemos in seiner politischen Verfasstheit als ›andere‹, gleichberechtigtere, inklusivere und zugänglichere politische Alternative, die zwar keine klassische Repräsentationsfunktion übernehmen, aber doch für das Volk sprechen und dessen Bedarfe angehen wolle.²⁷ Anders als zunächst angenommen, erzielte Podemos bei den Europawahlen einen ersten Achtungserfolg. Er bedeutete nach Auffassung des Kollektivs »un pequeño terremoto en el escenario político« (Podemos ohne Datum 2014: 3) und offenbarte das Kollektiv als denkbare realpolitische Alternative zur PSOE und PP (beide mit Stimmverlusten) (vgl. Podemos ohne Datum 2014: 3).²⁸ Trotz diverser Attacken und der noch vagen eigenen konstitutiven sowie inhaltlichen Verfasstheit wertete das Kollektiv diesen erfolgreichen politischen Antritt als Fanal,

»[que ha abierto] una grieta que hoy ha acelerado el tiempo político español, ha sacudido los viejos equilibrios, y [...] ha mostrado un posible camino para construir una mayoría política de cambio en un sentido popular en España. [...] Podemos aparece como una fuerza *outsider* [...] y en la mejor posición para cosechar el desprestigio del *establishment*.« (Podemos ohne Datum 2014: 4; Herv.i.O.)

Podemos kündigte an, sich weiter etablieren und in den nationalen Wahlen des Folgejahres wieder antreten zu wollen. Ziel war es, Politik zu machen, die die Interessen der Menschen und ihre Entscheidungskraft in den Vordergrund stellt (vgl. Iglesias Turrión 30.09.2014). Inwiefern die Institutionalisierung des Kollektivs in der Generalwahl des Folgejahres gelang, wird im folgenden Kapitel Gegenstand der Betrachtungen sein. Auch erfolgt eine Auseinandersetzung mit den (diskursiven) Rückwirkungen dieser Akteurs-Entwicklung auf die etablierten Kollektive PP und PSOE.

27 Siehe hierzu die Aussage von Pablo Iglesias bei der Antrittsversammlung des Kollektivs im Januar 2014: »Iglesias ha vuelto a coger la palabra para explicar que ›esta campaña puede ser un instrumento de autoorganización de la gente.‹« (Giménez 17.01.2014).

28 So erhielt Podemos bei den Europawahlen 2014 auf Anhieb 8 Prozent der Stimmen und wurde damit zur viertstärksten Kraft hinter einem breiten Linksbündnis unter Führung der *Izquierda Unida* (IU), PP und PSOE (vgl. Real-Dato 2018: 129). Beide Altparteien »no alcanzaron ni siquiera conjuntamente el 50 % de los votos« (ebd.).

2.2 Reaktionen der etablierten politischen Kollektive

Für die 2014 regierende PP um Mariano Rajoy stellte die Entwicklung von Podemos in erster Linie das Versagen der PSOE unter Beweis: Sie sei im Umgang mit der neuen Formation überfordert gewesen und müsse einen weiteren Bedeutungsverlust befürchten (vgl. PP 11.12.2014b). Gleichzeitig wurde Podemos als Folge der Krise betrachtet (vgl. PP 06.08.2014). Deshalb warf die PP der Formation vor, gezielt die schlechte Situation der Bürger für das eigene Machtinteresse benutzt zu haben. Schließlich wüssten die Vorsitzenden des Kollektivs, »que lo que están prometiendo es falso, prometen entonces con la intención de engañar utilizando la demagogia para ganar un puñado de votos de la gente que lo está pasando mal« (PP 12.06.2014).

Inhaltlich wiederum wertete die PP die Forderungen von Podemos als ›alte populistische‹ Forderungen in neuem Gewand ab (vgl. PP 17.11.2014) und kritisierte darüber hinaus die mangelnde Distanznahme zur Terrorgruppe ETA sowie zu verschiedenen nationalen Unabhängigkeitsformierungen, beispielsweise in Katalonien (vgl. PP 24.06.2014). Über die Kritik an Podemos konnte sich die PP erneut als einzige vernunftorientierte, realpolitische Führungslösung für Spanien stilisieren:

»[Resulta] más claro que existen dos opciones, por un lado está el partido que trabaja por los españoles, que ve el poder como un medio para hacer reformas y para sacar a nuestro país de la crisis y por otro [...] los líos de Podemos, que sólo aspiran al poder por el poder y usan la frustración de los ciudadanos como combustible para sus objetivos electorales« (PP 27.12.2014).

In der Folge kündigte die PP eine Fortführung ihrer Politik der Stabilität und Zentralität an, die insbesondere einen soliden Ausweg aus der Krise, den Kampf gegen Korruption und gegen Arbeitslosigkeit beinhaltete (vgl. PP 06.11.2014). Auch mit Blick auf die Europawahl machte die PP deutlich, ihre konservative politische Linie fortführen zu wollen. Dies wurde als eine grundlegende Bedingung für eine weitere Konsolidierung der Krisensituation und Verbesserung der gesellschaftlichen Lage angesehen und wurde eine der leitenden Argumentationslinien der PP für die Europawahl. Denn nur eine Politik der konservativen Kräfte könne verhindern, dass Europa zurück in einen verschlimmerten Krisenzustand falle oder gar antisystemische Kräfte an Macht gewinnen würden (vgl. PP 04.04.2014b). In diesem Kontext wurden in erster Linie die PSOE und das sozialistische Parteienspektrum als Gefahr sti-

lisiert. Diese würden mit ihrer verantwortungslosen Politik sowohl Spanien als auch Europa gefährden (vgl. PP 21.05.2014) und gleichzeitig die PP immer wieder in eine Retterrolle drängen, da »*las crisis vienen con el Partido socialista y se van con el Partido Popular*« (PP 15.05.2014).²⁹ Darüber hinaus habe die Politik der PP seit 2012 – trotz beziehungsweise wegen massiver Einschnitte, Entbehrungen und Anstrengungen der Bevölkerung (vgl. u.a. PP 19.07.2014, PP 30.04.2014) – zu einem leichten Wachstum geführt (vgl. PP 13.01.2014), wodurch sich Spanien von seiner Rolle als »*enfermo de Europa*« (PP 18.05.2014a, PP 18.05.2014b) habe befreien können.

Analog zu den Argumentationen 2011 stilisierte die PP auch die Europawahlen als Schicksalswahlen für den weiteren Krisenausweg Spaniens und auch Europas. Die europäische Politik gebe schließlich den Rahmen für die nationale Ausrichtung der Politik vor und die gute Richtung, die Europa eingeschlagen habe, dürfe man auch in Spanien nicht leichtfertig aufgeben (vgl. u.a. PP 07.05.2014, PP 23.05.2014c). In diesem Sinne stehe die PP für eine klare und stabile Krisenbekämpfung, wohingegen die sozialistische Politik immer wieder Krisenlagen ausgelöst und Spanien beziehungsweise die PP in die schlimmste Schuldensituation seit Jahrzehnten geführt habe, »[que dejó] a este país al borde de la quiebra y al borde del rescate« (PP 23.05.2014a).

Trotz aller Widerstände und der getroffenen harten Maßnahmen habe die PP Spanien wieder zu Ansehen in Europa verholfen und einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen können, der nicht verkannt werden dürfe (vgl. PP 14.08.2014). Letztlich sei es ihr primäres Ziel für die Europawahlen und die gesamte Legislatur seit 2012 gewesen, die Krise in Spanien und in Europa zu überwinden und nach Abmilderung der ökonomischen Folgen mehr und mehr die Konsolidierung der sozialen Schieflagen anzustoßen (vgl. PP 28.06.2014).³⁰ Insgesamt führte die PP folglich ihre Selbstdarstellung als einzige ordnende und seriöse politische Kraft gegenüber einer zerstörerischen und krisenverstärkenden Politik der PSOE fort. Folgerichtig wertete

29 Ähnlich wie bereits 2011 wurden auch in diesem Kontext historische Vergleiche zur Regierungsperiode 1996 bis 2004 gezogen (vgl. PP 30.11.2014).

30 Die PP wies jedwede Kritik der PSOE zurück. Sie habe die »soziale Dimension« der Krise nicht außer Acht gelassen. Die sozial einschneidenden Maßnahmen führte sie auf Zapatero zurück (vgl. PP 15.12.2014b, PP 11.08.2014). Hierbei spielte die Partei auf die noch 2010 unter Zapatero angekündigte Rentenreform an, die neben einer Anhebung des Renteneintrittsalters das Einfrieren des Rentenniveaus vorsah. Neben diesen Maßnahmen war die Zapatero-Regierung darüber hinaus auch zu Arbeitsreformen gezwungen (vgl. Nohlen/Kölling 2020: 490).

die PP den Ausgang der Europawahl 2014 letztlich als Sieg – ungeachtet des Stimmengewinns von Podemos –, war sie doch als stärkste Kraft aus dem Rennen hervorgegangen (vgl. PP 26.05.2014d). Der Erfolg von Podemos wurde letztlich auf die PSOE-interne Krise geschoben (vgl. PP 26.05.2014c) und gleichzeitig noch nicht als Bedrohung oder gar als Ende des *bipartidismo* wahrgenommen (vgl. PP 26.05.2014b).

Anders fiel die Einschätzung der PSOE in Anbetracht der Ergebnisse aus. Sie wertete die Wahlergebnisse – insbesondere die beider großen Parteien – als eindeutiges Zeichen dafür,

»[que] [h]ay una situación política muy, muy complicada en España [...] [y] también en el resto de Europa, y es muy importante que los partidos democráticos europeos hagamos una profunda reflexión para salir al paso de lo que está sucediendo, que es una desafección enorme y creciente en las instituciones y los ciudadanos.« (PSOE ohne Datum 2014h)

Die PSOE hatte ihr Ziel verfehlt, der PP zu zeigen, dass die Bevölkerung die Krisenpolitik der Regierung ablehnte (vgl. u.a. PSOE 08.01.2014, PSOE 23.05.2014). Gleichzeitig war es ihr auch nicht gelungen, sich beziehungsweise die sozialistische Politik als Alternative für sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und ein Ende der Perspektivlosigkeit in Spanien und Europa zu inszenieren (vgl. PSOE ohne Datum 2014k). So hatte sich die PSOE gemeinsam mit den europäischen Sozialisten als Kraft des Wandels stilisiert, die dafür Sorge tragen würde,

»que Europa abandone el austericidio y apueste por el crecimiento y la creación de empleo; para defender el modelo social europeo, para volver a apostar por la Europa de los derechos sociales y las libertades públicas« (PSOE 21.04.2014).

Mit diesen Forderungen sollte eine Richtungswende in der spanischen wie europäischen konservativen Krisenpolitik erreicht werden³¹, die nach Ansicht

³¹ Die europäischen Wahlen wurden als Schlüsselwahlen gedeutet, da der europäische Krisenweg entscheidend für die weitere Prägung der politischen Linie in Spanien angenommen wurde. Diese Argumentationslinie einte PP und PSOE – wenn auch mit unterschiedlichen Ausdeutungen und Absichten (vgl. PSOE ohne Datum 2014c).

der PSOE vor allem im eigenen Land zu Armut, Prekarität und sozialer Ungleichheit geführt habe.³²

Gleichermaßen kritisiert wurde die Perspektivlosigkeit der jungen Generation, ausgelöst wiederum durch die rückwärtsgewandte Politik der PP:

»[E]se gobierno del PP que está usando la crisis como coartada para liquidar los derechos y las libertades y para imponernos [...] un retroceso de 30 años. Tenemos [el PSOE] que ganar para devolver el futuro a los jóvenes, que se lo están robando.« (PSOE 15.03.2014: 7)

Infolge dieser Politik sei es der PSOE zufolge sowohl zu einer Aushöhlung des Sozialstaates als auch zur haltlosen Annahme einer gewissen Form der Alternativlosigkeit gekommen, »una de las grandes falsedades [...] [que se presume] que en Europa sólo hay una política posible frente a la crisis« (PSOE 28.04.2014: 5). Nicht zuletzt habe die Verschärfung der ökonomischen und sozialen Lage sowie die sie begleitende, rigide konservative Krisenpolitik zu innenpolitischen Konflikten geführt (parteiinterne Streitigkeiten, Korruptionsskandale, Erstarken regionaler Unabhängigkeitsbestrebungen) (vgl. PSOE 21.02.2014, PSOE 25.02.2014: 10f.).

Alles in allem habe die Gemengelage aus ökonomischer und sozialer Krise das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der spanischen Politik und ihrer Kollektivakteure erschüttert, weswegen die PSOE die Notwendigkeit einer *nueva Transición* gekommen sehe: »España necesita cambiar. Necesita modernizarse. Afrontar una doble transición política y económica« (PSOE 13.09.2014: 2). Mit dem Aufgreifen dieses historischen Änderungsfanals versuchte die PSOE, sich selbst als Option für die Kanalisierung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit und Wut über die diversen Missstände zu stilisieren und den Populismen und extremen Tendenzen entgegenzutreten (vgl. PSOE 13.09.2014: 2f.).

Ähnlich wie die PP deutete auch die PSOE die Etablierung des Podemos-Kollektivs als geschickten Schachzug, die Empörung und Wut der Bürger auszunutzen (vgl. PSOE ohne Datum 2014s). Anders als die PP es proklamierte, fühlte sich die PSOE allerdings nicht ernsthaft bedroht. Im Gegenteil, sie wertete das Kollektiv als Abklatsch der eigenen Partei (vgl. PSOE ohne Datum 2014r), dem es noch an klaren Linien fehle (vgl. PSOE 23.12.2014). Bisher habe

³² Hierfür kritisierte der PSOE-Vorsitzende Rubalcaba in seiner Rede zur Lage der Nation Ende Februar Rajoy ebenfalls scharf und warf ihm ein vollkommenes Verkennen der eigentlichen gesellschaftlichen Realität vor (vgl. PSOE 25.02.2014).

Podemos die politische Debatte lediglich in einer wenig konstruktiven Störfunktion geprägt: »[L]as reformas que necesitamos [...] tampoco vendrán de Podemos, que no ofrece más proyecto que lanzarnos unos contra otros« (PSOE ohne Datum 2014q). Auch wenn die PSOE – anders als die PP – Podemos als politischen Akteur anerkannte (vgl. PSOE 23.12.2014), sah sie dennoch nur sich selbst als ernstzunehmende politische Alternative zur PP und als Partei eines seriösen Wandels (vgl. PSOE 03.11.2014), weil »los socialistas tienen su propio espacio político [...] y [...] [que el PSOE] es un partido con vocación de gobierno« (PSOE ohne Datum 2014t).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass im Jahr 2014 sowohl das politische Akteursspektrum als auch die Krisenkonzeption in Bewegung gerieten und das ›Establishment‹ zur Auseinandersetzung mit alternativen Ansätzen und Praktiken gezwungen wurde. Gleichermaßen schienen die etablierten politischen Instanzen und die über sie artikulierten gesellschaftlichen Realitätsdeutungen nicht mehr unantastbar zu sein. So wurden sie teilweise in ihrer Legitimität infrage gestellt. Es spricht also viel dafür, dass die ökonomische Krise auch zu einer Krise des bisherigen politischen Settings im Sinne von Habermas Legitimationskrise führte. Inwiefern sich dieser Trend – der mit den Europawahlen dennoch vor einem experimentellen bzw. transnationalen Kontext zu sehen ist – auch im Folgejahr 2015 und den nationalen Generalwahlen fortsetzte und in welcher Weise das Akteur-Kollektiv einer wirklichen Erweiterung bzw. alternativen Wandlung unterlag, soll im folgenden Kapitel dargelegt werden.

3. Modifikationen des Diskurses (2015)

Für die Analyse des Jahres 2015 wurde der komplette Jahreszeitraum in den Blick genommen, um sowohl die langfristigen Auseinandersetzungen der Kollektive mit den verschiedenen sich überlappenden Krisenrealitäten als auch die jeweilige Rückkopplung mit Podemos als neuem politischen Akteur aufzeigen zu können. Im Falle der regierenden Partei PP erwies sich das Textkorpus als äußerst umfassend, deshalb wurden vor allem große Entwicklungs- und Argumentationslinien fokussiert. Um die Vergleichbarkeit sicherzustellen, wurde das Textkorpus für die beiden anderen Kollektivakteure etwa im gleichen Umfang gehalten. Außen vorgelassen wurden – insbesondere im Falle der PP als auch der PSOE – Textdokumente, die andere Subkrisen des Jahres 2015 wie die europäische Migrationskrise oder

Terrorismus (Stichwort: Attentate von Paris im November 2015, sog. Islamischer Staat), regionalspezifische Auseinandersetzungen mit den General-/Regionalwahlen des Jahres oder auch außenpolitische Positionierungen Spaniens zur europäischen Wirtschaftspolitik mit Blick auf Griechenland thematisierten. Auch Auseinandersetzungen mit dem sich innenpolitisch verstärkenden Konflikt rund um Unabhängigkeitsbestrebungen der Autonome Region Katalonien wurden weitestgehend außen vorgelassen, da diese Subkrise und ihre Auswirkungen für eine valide Aufarbeitung einer separaten und den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigenden Analyse bedürften (siehe Kapitel III 3). Ebenfalls zeigte sich auch für das Jahr 2015, dass die Verschlagwortung »Podemos« im Falle von PSOE und PP oftmals immer noch fehlgeleitet gesetzt war, sodass nur Artikel aufgenommen wurden, in denen auch wirklich das politische Kollektiv angesprochen war.

Für Podemos konnte über die parteieigene Website eine ausreichend große Textmenge gesammelt werden. Ähnlich wie auch für die anderen beiden Parteien wurden im Falle besonderer inhaltlicher Relevanz zusätzlich zu den doppelt verschlagworteten Artikeln auch noch Artikel, die sich unter den thematischen Einzelstichworten filtern ließen, in die Analyse aufgenommen.

3.1 Kollektivinszenierung und Krisensituation

Für die PSOE galt es, sich im Jahr 2015 erneut als Oppositionspartei zur amtierenden PP-Regierung zu positionieren und als erste Wahlalternative für die Generalwahlen zu behaupten. Unter diesen Voraussetzungen inszenierte sie sich auch als einzige Regierungsalternative, die sowohl gegen die PP gewinnen als auch den notwendigen gesellschaftlichen Wandel Spaniens katalisieren könnte:

»[E]l PSOE va ganar las elecciones generales, porque hay una pulsión de cambio evidente en la sociedad española que se va a canalizar en el único partido que puede ganar al PP [...], que es el Partido Socialista« (PSOE 26.10.2015).

Das Wahljahr 2015 wurde ähnlich wie die Europawahlen 2014 zur richtungsweisenden Schicksalswahl für Spanien stilisiert, die über eine Stagnation in der gegebenen Krisenrealität durch eine weitere Amtszeit der PP oder eine progressive Zukunft mit einer PSOE-Führung entscheiden würde (vgl. PSOE ohne Datum 2015c). Denn anders als es die PP proklamierte – sei es laut PSOE noch nicht zu einer breiten wirtschaftlichen Erholung gekommen:

»La recuperación no ha llegado, la crisis no es pasado, es un duro presente [...] y será futuro si el PP continúa frente de los gobiernos municipales, autonómicos y del gobierno de España« (PSOE 08.01.2015a).

Spanien befindet sich mittlerweile aufgrund der politischen Führungsversäumnisse der PP nicht nur in einer ökonomischen, sondern auch in einer sozialen und institutionellen Krise, die vor allem auf die Sparmaßnahmen der Regierung und die hierdurch evozierten gesellschaftlichen Ungleichheiten zurückzuführen sei. Nur die PSOE könne diese Missstände effektiv bekämpfen.

Kritisiert wurden zudem der Mangel an sozialpolitischen Vorhaben und die mitunter drastischen Auswirkungen der Sparmaßnahmen der PP. Diese Politik habe nur zu verschärften Armuts- und Ungleichheitsverhältnissen sowie zu einer Prekarisierung der Gesellschaft geführt. Letztlich sei so das soziale Miteinander der Gesellschaft zerstört worden (vgl. u.a. PSOE 22.10.2015b, PSOE ohne Datum 2015k). Die PP wiederhole erneut die Fehler der Vergangenheit und schaffe beispielsweise viele Stellen im Bausektor, anstatt auf ein nachhaltiges Produktions- und Wirtschaftsmodell zu setzen:

»[V]uelve el ladrillo como motor de crecimiento, lo que significa que podemos salir de la crisis por la misma puerta que entramos en ella [...]. [N]ingún cambio en el modelo productivo supone que estamos condenados a repetir los errores del pasado.« (PSOE ohne Datum 2015-2)

Die Politik der Regierung orientiere sich nur an kurzfristigen Erfolgen und Konsolidierungsstrategien und folge einer Marktlogik, die soziale Gesichtspunkte und die Interessen der Gesellschaft nicht in den Fokus nehme (vgl. PSOE 02.11.2015b). Mit dieser Art der Politik habe die PP eine immense Perspektivlosigkeit – gerade für die Jugend – geschaffen und weitere verletzliche Bevölkerungsgruppen wie Rentner oder Arbeitslose nicht berücksichtigt (vgl. PSOE ohne Datum 2015z, PSOE 15.10.2015). Dadurch seien Enttäuschung, Frustration und letztlich Misstrauen innerhalb der Gesellschaft gegenüber der Politik gewachsen, »lo único que ha hecho [...] con sus políticas es fracturar la sociedad de este país« (PSOE 24.11.2015). Die PP habe die Krisensituation für ihre eigenen Machtinteressen ausgenutzt und dadurch ihre Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen verspielt (vgl. PSOE 24.06.2015). Die sich hierüber artikulierende Vertrauenskrise sei zusätzlich durch Passivität, Verstrickungen in Korruptionsfälle (vgl. PSOE ohne Datum 2015f und PSOE ohne Datum 2015c) und die elitäre politische Ausrichtung der PP – »[a]yudas para los privilegia-

dos y abandono de la mayoría« (PSOE ohne Datum 2015x) – hervorgerufen worden.

Gleichzeitig wertete die PSOE die Etablierung alternativer politischer Parteioptionen wie Podemos als Gefahr für den gesellschaftlichen Wunsch nach Wandel, da letztlich nur die Regierung der PP gestärkt werde (vgl. PSOE 09.12.2015a). Ein wirklicher sozial gerechter Wandel könne nur von einer linken, sozial orientierten Kraft herbeigeführt werden, für die sich die PSOE selbst als passende Leitungsinstanz ansah (vgl. PSOE 08.01.2015b: 17, PSOE 15.12.2015). Auch die PP sei sich dieser Trendwende der gesellschaftlichen Stimmung zunehmend bewusst, schließlich lanciere sie einen »discurso del miedo« (PSOE ohne Datum 2015r), der vor einer linken beziehungsweise sozialpolitischen Alternative abschrecken solle. Angesichts der Generalwahlen und der Krisenpolitik der Regierung versuchte sich die PSOE als seriöse und vor allem sozialorientierte Alternative und Wandlungsinstanz zu inszenieren, die vor allem darum bestrebt wäre,

»de cambiar las cosas, de hacer progresar a España, de contribuir a aumentar el bienestar y la prosperidad de la mayoría [...] y] construir la España de las oportunidades, responder al desafío de la desigualdad, recuperar la confianza perdida de los ciudadanos en sus instituciones y en la política.« (PSOE 17.10.2015)

Während die PP mit Angst und Diskreditierung arbeite, argumentiere die PSOE zukunftsorientiert und progressiv (vgl. PSOE 26.10.2015). Sie stehe für einen vernünftigen, gerechten und geordneten sozialen wie ökonomischen Wandel ein (vgl. PSOE 06.11.2015a und b, PSOE 12.12.2015). Kernanliegen sei es, »[de] frenar las políticas crueles e inhumanas [...] y demostrar que es posible ›hacer otras políticas« (PSOE ohne Datum 2015h). Mit dieser offensiven Ansprache eines sozialen Wandels und des Eintretens für eine andere Politik versuchte die PSOE, die Impulse von Podemos aufzugreifen und strategisch für sich zu vereinnahmen.

Ähnlich wie die PSOE stilisierte auch die PP die anstehenden Wahlen als Entscheidungswahlen, die nur zwei Optionen zulassen würden: »[O] gobierna el PP o [España vuelve] [...] a la quiebra y a la destrucción de empleos« (PP 25.11.2015). Die Generalwahlen würden über den weiteren Krisenverlauf, die wirtschaftliche Zukunft Spaniens und der Bevölkerung entscheiden (vgl. PP 13.11.2015), schließlich könne das Land nur unter einer fortgesetzten Führung der PP »seguir adelante con las políticas que han generado crecimiento económico y empleo, o retroceder a las políticas de la izquierda que nos

llevaron a la crisis« (PP 18.12.2015a). Mit dieser Dichotomie zwischen Fortschritt und Wohlstand (PP/konservative Politik) und Zerstörung und Rückschritt (PSOE/linke Politik) versuchte die PP, sich als einziger seriöser und verlässlicher Zukunfts- und Stabilitätsgarant für Spanien zu inszenieren (vgl. PP 10.03.2015). Als Beleg für diese Zuschreibung führte sie – ähnlich wie im Wahljahr 2011 – ihr gutes politisches Krisenmanagement an, das sich erneut in der gegebenen Krisenrealität – der schlimmsten wirtschaftlichen Situation Spaniens seit Jahrzehnten – gezeigt habe.

»[El PP] sabe lo que es tomar decisiones en tiempos difíciles y que sabe sacar adelante nuestro país como ya hizo en 1996 y como ha hecho en esta última legislatura [...]. [El PP] no es el partido que ha llevado a España a la mayor crisis en décadas sino que ha conseguido que nuestro país sea ›ejemplo de recuperación económica.« (PP 03.12.2015)

Zwar räumte die PP durchaus Fehler ein, allerdings zeichne sich bereits jetzt eine Erholung der wirtschaftlichen Situation ab, die ohne größere soziale Versorgungseinschnitte erreicht worden sei (vgl. PP 17.02.2015, PP 03.05.2015). Gerade angesichts der sich konsolidierenden Situation kritisierte die PP jedoch Versuche anderer politischer Kollektive, diese Erfolge schlechtzureden oder nicht anzuerkennen, als unzulässig und realitätsverklärend:

»Hay datos evidentes que dicen que en democracia, por dos veces el PP, ha sacado a España de la bancarrota en la que la dejó la izquierda [...] [,] es innegable que Mariano Rajoy ha sacado a España de la crisis.« (PP 17.02.2015)

Diese Annahmen würden auch durch die internationalen Reaktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens bestätigt. So hätten die Finanzmärkte wieder Vertrauen in das Land gefasst (vgl. PP 11.01.2015). Spanien sei somit nicht mehr »el quebradero de cabeza de Europa, sino que es puesto como ejemplo de lo que hay que hacer para luchar contra la crisis« (PP 25.01.2015b). In diesem Zusammenhang betonte die PP stets, sie habe das Land bei Regierungsübernahme in einem desaströsen Zustand vorgefunden, der von ihrer Vorgängerregierung zu verantworten sei. Sie habe keine andere Wahl gehabt, als schwierige und mit Einschnitten verbundene Entscheidungen zu treffen (vgl. PP 09.12.2015). Die geleistete Regierungsarbeit habe Spanien aber ein gewisses Maß an Gestaltungs- und Handlungssouveränität zurückgegeben (vgl. PP 08.12.2015a). Der positive Wirtschaftstrend bestätige somit die Regierungsmaßnahmen und den damit verbundenen Fokus auf Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. PP 17.10.2015b).

Die PP sei die eigentliche Kraft des Wandels bzw. der Krisenumkehr (vgl. PP 29.05.2015, PP 30.10.2015). Deshalb warnte sie davor,

»[que] sólo hay un peligro que es parar el cambio que se inció en el 2011, volver atrás, a las políticas trasnochadas [...] a las viejas políticas socialistas que dejaron España en la situación con que nos encontramos en 2011« (PP 12.05.2015).

Die ökonomische Konsolidierung, wie sie zunächst seit 2011 für die PP im Fokus stand, hätte nach Ansicht der PP zudem die Grundlage gebildet, um auch Stück für Stück eine Verstärkung sozialpolitischer Maßnahmen zu ermöglichen (vgl. PP 01.07.2015, 05.05.2015). Auch den Bürgern solle etwas von den wirtschaftlichen Erfolgen zurückgegeben werden, da diese ohne das Verständnis und die Opferbereitschaft der Bevölkerung nicht möglich gewesen wären:

»Estábamos [el gobierno del PP] condicionados por una situación extremadamente complicada, que nos limitaba mucho el ámbito de actuación de una política más social [...] [...] es el momento de devolver los frutos de esa recuperación que hemos conseguido y, desde luego, devolvérsela a los españoles« (PP 01.07.2015).

Gleichermaßen wies die PP die Kritik an ihrer vermeintlich nachlässigen sozialpolitischen Ausrichtung zurück und betonte hingegen, »[que] defender las políticas sociales es poder pagarlas y eso es lo que ha hecho el Gobierno de Mariano Rajoy, con mucho esfuerzo y sacrificio por parte de los españoles« (PP 18.11.2015). Nicht zuletzt war die PP überzeugt, dass die von ihr herbeigeführte Trendwende untermauere, dass

»no es lo mismo el PSOE que el PP, el partido de la crisis que el de la recuperación; o el que crea empleo y el que lo destruye [...] [el PSOE lleva] a la política de las ocurrencias, del desastre económico, de la incertidumbre y del poco reconocimiento internacional.« (PP 11.10.2015)

Neben der ökonomischen Unfähigkeit und Rückschrittigkeit der PSOE (vgl. PP 29.04.2015b) warnte die PP auch vor der möglichen Bündnisgefahr der PSOE mit radikalen linken Kräften, die die spanische Erholung torpedieren könnten (vgl. PP 05.10.2015). So dürfe

»España no [...] volver a caer en las manos de quienes han destrozado nuestro país [...]. Pero tampoco España puede caer en las manos de quienes

están instalados en la occurencia [...] de quienes hacen partidos simplemente con personas que vienen de otros porque allí no les querían. Gobernar es algo muy serio y requiere de partidos serios con experiencia« (PP 19.04.2015).

An dieser Mahnung vor den Gefahren einer verstärkten sozialpolitischen Linie der PSOE in Kopplung mit möglichen linksalternativen Bündnissen mit neuen Formationen wird die ablehnende Haltung der Regierungspartei gegenüber der Etablierung des Podemos-Kollektivs deutlich. Wie sich die PP und die PSOE konkret positionierten und wie sie auf den neuen Kollektivakteur reagierten, soll im Folgenden dargelegt werden. Gleichermassen wird hierbei auch die Krisenkonzeption und Stilisierung des Podemos-Kollektivs selbst zunächst vor der Untersuchung des Verhältnisses zu den etablierten politischen Kollektiven (PP und PSOE) ausgearbeitet.

3.2 Institutionalisierung von Podemos

Mit Blick auf die ökonomische und soziale Krisensituation positionierte sich Podemos konträr und mitunter konfrontativ zu den etablierten Kollektiven. Vor allem die Regierungspartei PP wurde scharf angegriffen. So könne die ökonomische Lage und vor allem die Arbeitsmarktsituation in keiner Weise als erfolgreich dargestellt werden, wie die Regierung es tat. Schließlich sei ein starker Anstieg an befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich zu verzeichnen, der keineswegs für eine nachhaltige Veränderung spreche, sondern lediglich die ökonomischen Unsicherheiten verstärke (vgl. Podemos 23.07.2015). Die verbesserten Beschäftigungsstatistiken auf makroökonomischer Ebene gingen auf Kosten von Prekarisierungen. Der Erfolg sei also lediglich ein Scheinerfolg. Zudem sei das sozialpolitische Staatshandeln zunehmend ausgehöhlt worden:

»Recuperación [...] a nivel macro, pero que eso no se traduce en un aumento de calidad de vida de la ciudadanía. [...] [Además], si subvencionas la contratación, si abaratas el despido, si bajas salarios y erosionas derechos, no hay ingresos a Seguridad Social; si no hay ingresos a la Seguridad Social no hay dinero para financiar servicios públicos, no hay dinero para financiar pensiones, por lo tanto tienes que comer, como ya se ha comido, un 38 % de la hucha de las pensiones. Se rompe el engranaje de los sistemas de bienestar.« (Podemos 02.08.2015)

Die Regierung habe mit dieser vagen Wirtschaftspolitik und damit einhergehenden Prekarisierungsverhältnisse eine Verschlechterung der Wertigkeit von Arbeit unmittelbar in Kauf genommen, um aus wahlaktischen Gründen ihr Ansehen zu rehabilitieren

»[dado que] lo que se hace es tratar bajar porcentajes, no tratar buscar aquello para lo que servía el empleo [...]. Así que precisamente lo que se está intentando es salvar la cara en una coyuntura preelectoral y tratar de vender que hay una recuperación económica.« (Ebd.)

Als größte Probleme identifizierte Podemos die wirtschaftlich angespannte Situation, die schwierigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die hohe Arbeitslosigkeit. Sie seien durch regierungspolitische Fehlanreize und staatliche Sparmaßnahmen verschärft worden (vgl. Podemos 06.08.2015). Vor diesem Hintergrund erarbeitete Podemos in Zusammenarbeit mit verschiedenen Wirtschaftsexperten und der über die *Círculos Podemos* eingebundene Zivilgesellschaft ein alternatives Wirtschaftsprogramm, das in erster Linie den Rahmen für einen Ausweg aus der Krise und der mit ihr verbundenen Ungleichheit schaffen sowie für ein Ende der öffentlichen Sparmaßnahmen sorgen sollte (vgl. Podemos 08.07.2015, vgl. Podemos 22.10.2015). Nicht weniger als »[de] cambiar la realidad del país hacia un sentido ›más justo e igualitario‹« (Podemos 08.07.2015) sollte damit angestoßen werden. Denn letztlich verstand sich das Kollektiv auch als »fuerza política resultado de la crisis, resultado del empobrecimiento de sectores que [...] se vieron a sí mismos como clases medias« (Podemos 27.05.2015). Deren bis dato nicht-repräsentierte Belange und sich durch die Krisenlagen materialisierenden Prekarisierungseffekte sollten vertreten und – auch durch den Versuch einer kompletten systemischen Re-Formierung des politischen Spaniens – verändert werden.³³

33 Siehe hierzu: »Nos equivocaríamos si pensáramos que podemos ser el partido de las clases medias, cuando hablamos de clases medias empobrecidas hablamos de clases populares, que incluyen a sectores asalariados, a parados, a jóvenes precarios, a autónomos, a pequeños empresarios. Porque ese es el sector social que emerge políticamente como consecuencia de la crisis y que de alguna manera permite que nuestra hipótesis opere. [...] Cuando hablábamos [...] de la posibilidad de populismo de izquierdas en España, eso está vinculado a una situación de crisis económica que abre una crisis política o una crisis orgánica [...] que permite patear el tablero y jugar con los ingredientes de nuevos consensos« (Podemos 27.05.2015).

So setzte sich das Kollektiv für qualitativ hochwertige Arbeit, die Reduktion von Armut und Ungleichheit, das Ende der Sparmaßnahmen, eine starke Sozialpolitik und für die Transformation des vorherrschenden spanischen Produktivmodells ein (vgl. Podemos 22.10.2015). Ähnlich wie die PSOE war auch für das Podemos-Kollektiv eine Abkehr von den Sparmaßnahmen der Regierung dringend notwendig, um – in Anlehnung an die zurate gezogenen Expertenmeinungen – »alternativas políticas, sociales y económicas« (Podemos 22.10.2015) zu installieren, die sich von der regierungspolitischen Orientierung an der allgemeinen EU-politischen Linie der Einsparungen entfernten. Systemisch betrachtet sei die Krisenlage schließlich durch das fehlgeleitete politische Modell des Landes bestärkt worden. Das habe die Wirtschaftskrise mehr als deutlich offenbart. Podemos wünschte sich – ähnlich wie die PSOE 2014 – eine *nueva Transición* und sah die Möglichkeit dazu insbesondere durch das Anbrechen einer neuen Legislaturperiode gegeben.³⁴

Seit dem Ende der Franco-Diktatur sei das politische System von politischen Eliten aus dem Übergang der Diktaturzeit geführt worden, »que carecían de legitimidad pero contaban con casi todo el poder« (Podemos 19.07.2015). Die demokratische Verfasstheit der spanischen Nation basiere also noch immer auf dem Führungsanspruch zweier großer Parteien, deren ökonomisch bedeutsamen neoliberalen Richtungsentscheidungen das Land in die aktuellen Krisen geführt hätten (vgl. ebd.). Das Podemos-Kollektiv inszenierte sich auch aufgrund dieser Diagnose als systemisch-strukturelle Alternative einer neuen Politik, die die Abkehr aus der Krisensituation und die Ermöglichung einer gerechten und sozialen Erholungsphase des Landes in einem neuen ›Pakt des Zusammenlebens‹ mit und durch die Bürger denkt, auf- und umsetzt:

»[Podemos] siendo la fuerza política que representa a las clases populares y a la sociedad civil, defendiendo un proyecto de país para las mayorías sociales basado en la regeneración de las instituciones, en la justicia social y en la soberanía. Para ello estamos comprometidos con la promoción de un nuevo pacto de convivencia social y territorial que habrá de articularse

34 »La crisis financiera terminó por revelar los límites y peligros del modelo español y el envejecimiento de sus estructuras políticas [...] y en los próximos meses va a dirimirse en España [...] la forma en la que se resolverá la nueva Transición en marcha. Las próximas elecciones, de hecho, no abren sólo una nueva legislatura sino quizás el inicio de un nuevo régimen político en el que muchas cosas habrán de cambiar« (Podemos 19.07.2015).

mediante un proceso constituyente que no se negocie en despachos, sino mediante un gran debate social, que haga que en la nueva Transición los protagonistas fundamentales no sean las élites políticas y económicas, sino los ciudadanos.« (Ebd.)

Auch aus diesem Grund schrieb das Podemos-Kollektiv den Generalwahlen eine entscheidende Signalwirkung für die zukünftige Entwicklung des Landes zu (vgl. Podemos 07.11.2015). Podemos selbst komme eine entscheidende gestaltende Rolle in der spanischen Politik zu. Ausschlaggebend für diese Einschätzung waren die historisch schlechten Ergebnisse der beiden etablierten Kollektive des *bipartidismo* in den Regional- und Kommunalwahlen, die – in Anlehnung an die Umwälzungen in der arabischen Welt – eine *primavera democrática* in Spanien eingeleitet hätten (vgl. Podemos 25.05.2015c, Podemos 27.05.2015). Podemos wollte bei den Generalwahlen stärkste Kraft werden. Dieses Ziel bestärkte Podemos zum einen in seiner Selbstkonzeption als entscheidender Akteur für gesellschaftlichen Wandel (vgl. Podemos 03.10.2015). Zum anderen wurde die Geschichte der eigenen Weiterentwicklung – von einer mitunter radikalen Kraft zu einem sich institutionell in das politische System einbringenden Kollektiv – bekräftigt (vgl. Podemos 21.05.2015).

Des Weiteren betonte Podemos, sich – trotz der formal-institutionell angestrebten Teilhabe am politischen System – nicht als klassische Partei zu verstehen, sondern als bürgerliches »instrumento del cambio« (Podemos 17.07.2015) und grundlegend als »abierto[] a incluir a otros actores de la sociedad civil [...]« (Podemos 02.07.2015) Diesen Ansatz einer »echten« bürgerlichen Repräsentation verfolgte das Kollektiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Dies zeigte zum einen die erneut stark partizipative Erarbeitung der programmatischen Schwerpunktsetzung und Kernanliegen für die Generalwahlen durch Bürger als Protagonisten (vgl. Podemos 28.10.2015). So sollte es möglich werden, »[de] devolver la soberanía a la ciudadanía, acabar con las políticas de austeridad y regenerar la democracia« (Podemos 09.10.2015). Darüber hinaus sollte die vermeintliche echte Repräsentation des Volkes zu einem Bruch der klassisch dichotomen Trennung von Institution und Volk führen (vgl. Podemos 20.06.2015)³⁵, um letztlich eine neue

35 Siehe hierzu Pablo Iglesias Formulierung der strategischen Grundanliegen des Kollektivs: »Romper las relaciones institucionales entre los gobernantes y la gente. Eso implica un lenguaje distinto, un nivel de cercanía mucho más alto, un *feeling* con la gente [...]« (Podemos 20.06.2015).

Repräsentationsinstanz gegenüber der ›Elite‹ zu ermöglichen (vgl. Podemos 03.10.2015).

Nicht zuletzt inszenierte sich das Kollektiv auch immer deutlicher als Fortführung der Protestimpulse der 15-M/Indignados, die über Podemos als Medium einer breiten gesellschaftlichen Vernetzungs- und Kollaborationsarbeit traditionelle, politische Verfahren aushebeln und zu einer neuen politischen Realität der Gesellschaft führen sollten: »Queremos caminar con la gente. Recuperar la frescura, la audacia, somos herramientas que la gente utiliza para cambiar su país« (Podemos 18.06.2015).³⁶ Auch die schwache spanische Linke könne so neu belebt werden (vgl. Podemos 28.05.2015).

Seit 1978 war die 15-M-Bewegung die erste Bewegung, die eine politische Debatte zu führen versuchte und mit den vorherrschenden neoliberal-markt-orientierten Elite-Erzählungen mindestens eine Konfrontation suchte, wenn nicht gar mit ihnen brechen wollte (vgl. Podemos 02.08.2015). Just auf Basis dieser Konfrontation strebte Podemos an, als Akteur zu agieren, »[que aún no] hay una relación mecánica entre el 15M y Podemos [...] se forma el quórum social mediante el cual puede surgir una opción [...] que trate de dar forma política al malestar generalizado« (ebd.). Podemos verstand sich folglich auch als Akteur, der dem Land Hoffnung bringen konnte (vgl. Podemos 05.08.2015) und dem sich durch das bereits in den Regional- und Kommunalwahlen 2015 abzeichnende Ende des bipartidismo ein Möglichkeitsfenster für die Durchsetzung einer alternativen Politik des Wandels – zunächst auf kommunaler Ebene – bot (vgl. ebd.). PP und PSOE versuchten hingegen, Podemos zu diskreditieren, indem sie das Kollektiv als radikal und extremistisch bezeichneten (vgl. Podemos 28.10.2015).³⁷ All diese Versuche seien laut Podemos jedoch wenig aussichtsreich, handele es sich doch bei Podemos um »la única fuerza capaz de lograr [el] cambio, a pesar de que los partidos tradicionales [...] sacarán toda su ›artillería‹ para desacreditar[e]« (Podemos 10.05.2015).

36 Siehe hierzu: »[L]a irrupción del 15M, este no fue un fenómeno unívoco de movilización social, sino un campo de fuerzas [...]. [La] ilusión de lo posible – >si se puede...ganar< –, catalizada por Podemos desde hace un año ha sido factor decisivo de movilización« (Podemos 28.05.2015).

37 Podemos kritisierte die diskursiven Attacken von Podemos gestützten Kandidaten nach den Kommunalwahlen: »Lo que algunos anuncian como la llegada de los bárbaros se va a transformar en instituciones mucho más amables« (Podemos 20.06.2015). Darüber hinaus sah Podemos die im Nachgang der Wahlen von der PP avisierten Reformen des Wahlrechts als Zeichen dafür, dass die PP ihre eigene Niederlage nicht professionell verarbeiten könne (vgl. Podemos 23.07.2015).

Ebenso kritisierte Podemos die Versuche der politischen Gegner, die durch das Kollektiv artikulierten Forderungen und Ideen als »alte Vorhaben« abzuwerten und als Teile eines »alten Diskurses« zu kategorisieren (vgl. Podemos 06.09.2015). Die Zielsetzung, die hierdurch verfolgt werden sollte, umfasste nach Ansicht von Podemos eine Gleichschaltung aller politischen Kollektive. Darüber hinaus zeigte sich Podemos in Relation zu den beiden etablierten Hauptakteuren bisweilen selbstbewusst. Podemos sei die prägende Instanz und richtungsweisender Diskursführer der linksorientierten sozialpolitischen Politik Spaniens. Die PSOE werde sich ihrem Kurs anschließen (vgl. Podemos 25.05.2015a).

Bereits früh wurde bekannt gegeben, dass Podemos prinzipiell zu Koalitionsvereinbarungen mit der PSOE bereit sei. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sämtliche sozialpolitischen Leitlinien des Kollektivs vonseiten der PSOE unterstützt und akzeptiert würden (vgl. Podemos 27.05.2015). Offen für eine Zusammenarbeit war Podemos, weil die PP als gemeinsamer »Gegner« eingeschätzt wurde³⁸ und nur auf diesem Wege die Fortführung der PP-Regierung verhindert werden könne (vgl. Podemos 02.08.2015).³⁹ Das Kollektiv machte mehrfach deutlich, dass es sich in seiner Funktion »[de] ser los más duros confrontando con el PP« (Podemos 27.05.2015) als entschiedenste Oppositionsinstanz betrachtete und durch seinen radikalen Gegenentwurf zur Regierungslinie die politische Kraft bildete, die am stärksten für soziale Gerechtigkeit und die Bürgeranliegen eintreten könne (vgl. ebd.).

Im Anschluss an diese politische wie krisenbezogene Selbstverortung des Kollektivakteurs Podemos sollen nun dessen Impulse auf die Akteure PP und PSOE und deren Reaktionsweisen dargelegt werden. Zunächst kann festgehalten werden, dass es aufgrund der ersten nationalen Festigung von Podemos im Zuge der Regional- und Kommunalwahlen 2015 zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit diesem Akteur und seinen Forderungen kam. So setzte die PP auf eine schärfere Konzeptualisierung von Podemos als »linke Gefahr« als die PSOE und betonte, der Wahlerfolg von Podemos sei ei-

38 »El problema del Partido Popular no es que sean de derechas, el problema es que [...] aplican unas políticas que empobrecen a la mayoría de la gente« (Podemos 02.08.2015).

39 Nichtdestotrotz verwies das Kollektiv darauf, jedwede Koalitionsverbindung sei nur unter bestimmten Voraussetzungen wie einer Übereinkunft bei Themen wie Einsparungen oder Korruptionsaufarbeitung möglich (vgl. Podemos 25.05.2015c). Der Zusammenschluss mit einer anderen Partei sei nicht das eigentliche Ziel, schließlich wünschten sich die Bürger keine Pakte, sondern einen Wandel (vgl. ebd.).

ne Gefahr für Spanien und bedeute einen Rückschritt in die Krise (vgl. PP 30.10.2015). Darüber hinaus konstatierte die PP, dass »[e]n tiempos de dificultad, no se puede jugar con lo más importante, que es el futuro de todos los ciudadanos y de la nación [...]« (PP 21.03.2015). Als abschreckendes Beispiel wurde die schwierige ökonomische Situation in Griechenland angeführt, die auch Spanien drohe, sollte es zu einer Machtübernahme durch Podemos oder zu einer Koalition von PSOE und Podemos kommen (vgl. PP 13.07.2015a).⁴⁰

Wie bereits im Jahr 2014 wurde die PSOE für die Formalisierung und Institutionalisierung von Podemos verantwortlich gemacht. Sie habe ihren eigenen Kurs verlassen und sich zum Unterstützer radikaler Kräfte gemacht (vgl. PP 14.08.2015, PP 14.06.2015a und b). Podemos sei ein bloßes Experiment, das für Rückschritte anstatt Stabilität stehe (vgl. PP 18.11.2015, PP 20.03.2015) und über keine ernstzunehmende politische Erfahrung verfüge (vgl. PP 08.12.2015c). Das Kollektiv instrumentalisiere durch seine populistische Diskursführung vielmehr bürgerliche Interessen (vgl. PP 21.10.2015a). Zudem mahnte die PP an,

»[que c]on la izquierda de los eslóganes y del despilfarro público; con el populismo de la nada; con los radicalismos; lo único que se puede hacer es volver al paro, a la recesión, a la desconfianza y a la inseguridad.« (Ebd.)

Der Populismus habe mit einfachen Lösungsansätzen und der Instrumentalisierung von Unzufriedenheit leichtes Spiel (vgl. PP 29.06.2015b), wohingegen »el PP, Mariano Rajoy, tomó las decisiones que España necesitaba en un momento complicado en el que nuestro país estaba al borde de la quiebra« (PP 04.03.2015). Angesichts der Zusammenarbeit von Podemos und PSOE im Anschluss an die Kommunalwahlen⁴¹ garantierte die

40 Siehe hierzu auch PP (29.06.2015a): »Grecia ahora tiene un gobierno populista, muy parecido a formaciones presentes en nuestro país, con las que el PSOE está pactando [...]. El PSOE se está coaligando con Podemos para tener algunos gobiernos con el mismo partido, los mismos que están llevando a Grecia a una situación absolutamente límite.«

41 So hatte die PSOE infolge der Kommunalwahlen in all jenen Kommunen Bündnisse mit dem Podemos-Kollektiv geschlossen, in denen ein Zusammenschluss die Mehrheit der PP übertraf und somit eine konservative Führung der betreffenden Rathäuser vermieden werden konnte (vgl. Zarzalejos 2016: 187). Hierdurch verhalf die PSOE Podemos zu einer »considerable institutional power [...] [by gaining] significant positions, such as the city halls of Madrid and Barcelona« (ebd.) und verstärkte – entgegen ihres ei-

PP, dass derartige Bündnisse und damit einhergehende Destabilisierungen unter ihrer Regierung nicht wieder vorkommen würden (vgl. PP 14.06.2015a, PP 29.10.2015). Die Paktschlüsse wertete die Regierung als klares Indiz für die Machtversessenheit der PSOE (vgl. PP 01.07.2015), die sich damit selbst als verantwortliche Regierungsoption diskreditiere und an Bedeutung verliere (vgl. PP 09.10.2015b, PP 13.07.2015c). Die PP hingegen – als Partei mit demokratischer Tradition (vgl. PP 12.05.2015) – sei die einzige Partei, die für wirkliches realpolitisch Handeln und nicht nur für leere Worthülsen oder TV-Inzenierungen stehe (vgl. PP 25.01.2015a).

Im Gegensatz zur PP sah sich die PSOE zunehmend dazu gezwungen, ihr eigenes sozialpolitisches Profil gegen die Forderungen und Anliegen von Podemos abzugrenzen. Folglich kritisierte die PSOE sowohl die PP als auch Podemos als Formationen der Lüge, wohingegen sie selbst für eine Politik der Wahrheit einstehne (vgl. PSOE 18.01.2015). Als einziges Parteikollektiv verfolge sie politisch wirkliche Interessen der Gesellschaft, wohingegen die anderen beiden Akteure lediglich zum Schaden der PSOE beziehungsweise als deren Gegenpol agieren würden (vgl. PSOE 09.12.2015a, PSOE 17.10.2015).

Zudem warf die PSOE beiden Akteuren die Produktion von Angst und Unsicherheiten vor, die das Land in keiner Weise weiterbringen würden. Aus diesem Grund stand für die PSOE fest, dass »no deben ni pueden ganar los que generan miedo, ni tampoco los que generan incertidumbre« (PSOE 26.10.2015). Ein produktiver gesellschaftlicher Wandel sei von keinem der Kollektive außer der PSOE zu erwarten,

»[dado que] el PP es >para seguir como siempre<, mientras que el voto a [...] Podemos >es para bloquear las instituciones y crear problemas<, mientras que el voto al PSOE >será para gobernar para la mayoría y arreglar los problemas<« (PSOE ohne Datum 2015-11)

In der Auseinandersetzung mit dem Podemos-Kollektiv versuchte die PSOE, einerseits deren Vertrauens- und Glaubwürdigkeit als Regierungsalternative zu unterminieren. Sie trage mit ihren Vorhaben weder zu einer Konsolidierung noch zum Erhalt der Einheit Spaniens bei. Ähnlich destruktiv agiere auch die PP:

gentlichen Anliegens – die >neue< Kraft am linken politischen Spektrum Spaniens (vgl. ebd.).

»[E]l cambio que necesita España >solo lo puede liderar el PSOE, porque no se pueden sumar más fracturas a las que ya ha provocado el PP en estos 4 años, ni tampoco podemos sumar la fractura de los que hablan de los de arriba y los de abajo, y la de quienes hablan de los viejos y los nuevos<, en alusión a Podemos y Ciudadanos. >Esto no va ni de vieja, ni de nueva política. Esto va de buena política, que es la que solo el PSOE sabe hacer.« (PSOE 24.11.2015)

Andererseits kritisierte die PSOE ähnlich wie die PP das Podemos-Kollektiv als bloße provokative Formation, die kein klares und valides Programm habe (vgl. PSOE 06.11.2015b) und daher auch nur begrenzt glaubwürdig sei (vgl. PSOE ohne Datum 2015-12). Letztlich sei Podemos lediglich an destruktiven Auseinandersetzungen und Störungen interessiert: »Tampoco >los que vienen de nuevos< son una opción de futuro para España [...]. >Dicen que hay que dinamitarlo todo, pero no dicen qué construir« (PSOE ohne Datum 2015-8). So würden die neuen Kräfte versuchen, eigentlich alte Politik zu verkaufen (vgl. PSOE 22.05.2015). Hauptanliegen von Podemos (ähnlich der PP) sei es, die PSOE anzugreifen:

»Ciudadanos pide el voto para gobernar con el PP, Podemos pide el voto para dividir el voto de la izquierda y ganar al PSOE y nosotros [el PSOE] lo pedimos para [...] construir un futuro para la mayoría« (PSOE 18.12.2015).

Anders als in den Jahren 2011 und 2014, als die PSOE in der Öffentlichkeit durchaus noch konstruktiv auf die Impulse von 15-M und Podemos reagiert hatte, verschärfe sich die diskursive Auseinandersetzung der PSOE mit dem neuen Kollektivakteur in Anbetracht der Generalwahlen zusehends, obwohl es mancherorts kommunale Bündnisse gab.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Generalwahlen kann gesagt werden, dass keiner der drei Kollektivakteure sein eigentliches Ziel – den eindeutigen Sieg bei den Generalwahlen – erreichen konnte. Zwar wurde die PP stärkste Kraft und kündigte den Willen zu einer Regierungs- oder Koalitionsformung an, kritisierte aber gleichzeitig die PSOE für ihre Blockadehaltung (vgl. PP 30.12.2015). Trotz dieser bereits kurz nach der Wahl zutage tretenden Zwistigkeiten zwischen den beiden Altparteien verbuchte die PP ihr eigenes und das Ergebnis der PSOE, die zweitstärkste Kraft geworden war, dennoch als Zeichen dafür, dass

»independientemente del aumento de la fragmentación política y de que en el nuevo Parlamento vayan a estar representadas muchas fuerzas polí-

ticas y muchas coaliciones, hay que decir que la mayoría de los votantes en el día de ayer ha inclinado su voto y han apoyado a formaciones políticas que comparten la defensa del orden constitucional, la unidad de España, la soberanía nacional» (PP 21.12.2015).

Anders als die PP ordnete die PSOE das Wahlergebnis hingegen als eindeutiges Zeichen für einen linken Wandel und eine deutliche Ablehnung der Regierungspolitik der PP ein. Schließlich hätten sich 71 Prozent der Spanier für linke oder progressive Kräfte und damit gegen die Regierungspartei entschieden (vgl. PSOE 28.12.2015). Dass sie zweitstärkste Kraft geworden waren, wertete die PSOE als Zeichen, »[que s]omos [...] la alternativa al PP y la primera fuerza de la oposición y de la izquierda en España« (PSOE ohne Datum 2015q). Ein weiteren Amtszeit von Rajoy als Präsident Spaniens werde sie allerdings nicht zustimmen, da »los españoles han votado cambio e izquierda« (PSOE ohne Datum 2015q). Die PSOE stehe zwar für einen linksalternativen, aber nicht für einen die Einheit Spaniens gefährdenden Wandel, sondern wolle vielmehr versöhnend und verbindend wirken (vgl. PSOE 28.12.2015).

Lediglich Podemos interpretierte die Wahlentscheidung der Bevölkerung als Patt neuen Ausmaßes, da hierdurch ein eklatanter Einschnitt in Spaniens Politik eingetreten sei, den keine der beiden Altparteien sehen wolle und der die Entwicklung seit 2014 bestätigen würde (vgl. Podemos 11.01.2016). Obwohl auch Podemos letztlich einräumen musste, dass es sein Ziel, stärkste Kraft zu werden, verfehlt hatte, sah das Kollektiv sich darin bestätigt, dass »en media España el cambio ya está ganando y el tablero político ha cambiado de forma drástica« (ebd.).

Wie diese Entwicklungen auf einer gesamtdiskursiven Ebene des politischen Diskurses und Akteursspektrums in Spanien für die Jahre 2011-2015 zu deuten sind und welche Effekte sie evozierten, wird nachfolgend analysiert.

4. (Politische) Kollektive in Bewegung

Die Ergebnisse der bisherigen Analyse werden nun mit den diskurs- und akteurstheoretischen Ansätzen nach Michel Foucault und Bruno Latour verschränkt, um die Frage zu beantworten, welche Effekte die Entwicklungen im Krisenzeitraum auf der Makroebene des politischen Diskurses hervorgerufen haben. Darauf hinaus werden die skizzierten Entwicklungen auch in einen

Gesamtbezug zu den systemischen Implikationen für die spanische Gesellschaft und die politischen Akteure Spaniens gesetzt.

4.1 Repräsentation: Verhandlung und Inszenierung

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse sind die politischen Kollektiventwicklungen und Krisenkonzeptionen durchaus als dynamisch zu beschreiben. Diese neue Dynamik, ausgelöst durch die Institutionalisierung von Podemos und den deutlichen Zuwachs zur sich in etwa parallel zu Podemos formierenden *Ciudadanos*-Partei⁴², führte zum Umbruch des repräsentativen Systems Spaniens und zu einer Erweiterung der bis dato vornehmlich auf zwei Parteien basierenden politischen Diskurs- und Repräsentationsformation. Ausgehend von den Europawahlen 2014 fand dieser Prozess letztlich seine Konsolidierung »en las elecciones generales de diciembre de 2015 [...] [con] Podemos y otro partido emergente, Ciudadanos [...] inaugurando un sistema multipartidista« (Real-Dato 2018: 129). Mit dieser Ausweitung des Akteursspektrums endete eine Ära: Seit dem Ende der Franco-Diktatur hatten sich PP und PSOE als traditionell stärkste politische Repräsentationskollektive Spaniens abwechselnd in der Regierung befunden (vgl. García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 77). Nun war ein neuer Akteur aufgetaucht.

Seit Beginn der 2000er Jahre war das Misstrauen der spanischen Gesellschaft gegenüber den politischen Repräsentations- und Regierungsinstanzen stetig gewachsen, das sich mit diesem Umbruch manifestierte. Damit einher ging eine Geringschätzung »de los dos grandes partidos del sistema, PP y PSOE, presentados como una oligarquía acostumbrada a repartirse el poder ignorando el interés general« (Rico Motos 2019: 157f.). Diese Abneigung der ›Machtholigarchie‹ und die Gleichsetzung von PP und PSOE fand ihren ursprünglich-nachhaltigen Ausgangspunkt in den erläuterten 15-M-Protestformationen sowie den damit verbundenen Überzeugungen, dass das traditionelle politische Repräsentationssystem nicht mehr adäquat für die Bedürfnisse der Bürger einstehen würde (vgl. Fernández-Albertos

42 Kann die Etablierung des Podemos-Kollektivs als Erweiterung des linken politischen Spektrums gefasst werden, gilt dies für die konservative politische Seite ebenfalls durch *Ciudadanos*, deren Hauptanliegen die Bekämpfung von Korruption war und deren Inszenierung eine Alternative zur hier von infiltrierten PP bildete (vgl. Bernecker 2018: 343). Da in der vorliegenden Untersuchung jedoch vor allem die diskursiven und systemischen Dynamisierungen im Vordergrund stehen, soll nicht näher auf *Ciudadanos* eingegangen werden.

2015: 13). Nach Auffassung eines breiten Teils der Bevölkerung hatte sich das politische System Spaniens ab 2011 insgesamt als dysfunktional erwiesen, weil das traditionelle politische Repräsentationssystem – auch angesichts der Krisenlagen – nicht mehr adäquat auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen vermochte (vgl. Fernández-Albertos 2015: 13). Zusätzlich befeuert wurde diese Stimmung durch diverse Korruptionsskandale, die sowohl PP als auch PSOE betrafen. Es setzte eine zunehmende Entfremdung ein (vgl. Delgado Sotillos 2019: 88), die als »ruptura de la rutina sobre la que se ha deslizado plácidamente la democracia liberal« (Monedero 2011: 74) zu werten ist. Nicht zuletzt das eklatante Missverhältnis zwischen der korruptiven Verwendung öffentlicher Gelder bei gleichzeitig massiver Reduzierung von staatlichen Mitteln für beispielsweise soziale Investitionen, »konterkarierten die Aufrufe zur Austerität und untergruben zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz der Sparprogramme« (Bernecker 2018: 344). Gleichzeitig verdeutlichte das Ausmaß und die Schwere der Fälle, dass Korruption »zu einem endemischen und systemischen Problem geworden [war]« (ebd.). Gleichermaßen zeigten die physischen Präsenzen des Widerstands der 15-M ganz praktisch »el fracaso del mensaje promovido por los medios de que NO HAY OTRA ALTERNATIVA [Herv. i.O.]« (Navarro 2012: 104). Dieser Widerstand legte zudem offen »[que] la legitimidad difusa del sistema va debilitándose [...] empieza a fallar como una escopeta de feria cuando la gente dice basta« (ebd.). Die ökonomische Krisenlage wurde folglich von einer Legitimitätskrise überlagert.

Vor diesem Hintergrund kann die 15-M-/Indignados-Bewegung als erste disruptiv-systemische Reaktion und Materialisierung eines wütenden Protests verstanden werden, der auf den Erfahrungen einer realen Inkongruenz zwischen politischen Äußerungen und erfahrbaren Kriseneinschnitten beruhte. Die 15-M repräsentierte somit in einem Foucault'schen Sinne eine diskursiv-widerspenstige Kraft, da sie das gegebene diskursive Statut der politischen Obrigkeiten infrage stellte und hierdurch sowohl Sicht- als auch Sagbarkeitsfelder verschob bzw. mindestens dynamisierte. Zudem konnten mit der 15-M-Bewegung Ungleichheiten sowie Prekarisierungs- und Armutsverhältnisse real-körperlich visualisiert und erfahrbar gemacht werden:

»Suddenly, the 15M brought to light a hidden subjectivity whose malaise exploded [...] under the conditions predetermined by the global crisis and its historical translation within Spanish context of the last decades.« (Alba Rico 2019: 79)

Durch die Verkörperlichung⁴³ subjektiver Krisenerfahrungen

»ermöglichten die Bewegungen ein Einbrechen des privaten Alltags in öffentliche Aushandlungsprozesse. Sie verschoben und erweiterten Grenzen des Politischen [...]. Im Kontext der durch die Austeritätspolitik und den engen strukturellen Möglichkeitskorridor in der Krise verhärteten Institutionen erlaubte das Anknüpfen an alltägliche Bedürfnisse und Forderungen eine radikale Gesellschaftskritik« (Huke 2017: 255).

In dieser Hinsicht gelang es bereits über die 15-M-Bewegung ›andere‹ Erfahrungen und ›neues‹ Wissen über die – in erster Linie ökonomische – Krisenrealität in das Sichtbarkeits- und Bewusstseinsfeld der Gesellschaft zu rücken. Als störende Impulse lösten sie eine »fundamentale Delegitimierung der Regierenden und der herrschenden Politik in der Bevölkerung, die Normalisierung und Legitimierung von (zivilem) Ungehorsam sowie eine Repolitisierung des Alltagslebens [...]« (ebd.: 234) aus.

Verstärkt wurden diese Delegitimierungseffekte durch die angesprochene, zunehmende, alters- und schichtenübergreifende gesellschaftliche Entfremdung von den traditionellen politischen Repräsentationsinstanzen (vgl. Real-Dato 2018: 135, López 2018: 58). So versammelten sich »hinter der Formulierung ›No nos representan‹ sehr viele unterschiedliche Unbehagen [...]« (Steidinger 2015: 215), die über ihre Vernetzungs- und Kommunikationsleistung zu einer breiten Sichtbarmachung von ›Gegeninformation‹ beitragen (vgl. ebd.: 217). PP und PSOE wussten der Inkongruenz zwischen gesellschaftlicher und politischer Realität nicht anders als mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und Diffamierungen zu begegnen, die sich seit dem Regierungswechsel 2004 über die Jahre steigerten.⁴⁴

43 Siehe hierzu auch Steidinger 2015 zu der Wirkung der Platzbesetzungen durch die 15-M: »Von außen betrachtet machen die provisorischen Zeltplätze im Stadtzentrum und die aus allen möglichen Materialien zusammengeschusterten Hütten auf den besetzten Plätzen die prekarisierten sozialen Lebensverhältnisse der Personen sichtbar, die [...] tendenziell in die Peripherien der Städte abgedrängt wurden« (Steidinger 2015: 224).

44 Zum Wechsel von einer konservativen zu einer sozialistischen Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero im Jahr 2004 sagt Bernecker (2012: 216): »Wie in keiner Legislaturperiode zuvor, kam es zu einer tiefgehenden Polarisierung, die das genaue Gegenstück jenes Konsenses darstellte, der in den Jahren der Transition vorgeherrscht hatte [...]. In der Legislaturperiode 2004-2008 entwickelte die konservative Opposition eine bewußte Strategie der ununterbrochenen Provokation (*crispación*). Diese langanhaltende

Wie die inhaltliche Aufbereitung der Diskursstränge zeigte, nutzte insbesondere die PP sowohl das Aufkommen der 15-M-Bewegung als auch von Podemos als Abgrenzungsmodell zur PSOE sowie zur Diffamierung der durch die sozialistische Partei betriebene Politik, wohingegen die PSOE (vergeblich) versuchte, die Impulse beider Formationen gewinnbringend politisch für sich zu eignen zu machen. Letzlich wurde phasenweise durch die 15-M sogar zunächst die PP durch die PSOE-Schwächung gestärkt, wie sich an den Wahlentwicklungen 2011 zeigte.⁴⁵ Mit Podemos trat eine Instanz auf den Plan, die zum einen als radikal ›andere‹ Kraft zu den bestehenden Parteikollektiven wahrgenommen und inszeniert wurde. Zum anderen vermochte sie es – ausgehend von den 15-M-Protesten –, die in der Gesellschaft präsente Unzufriedenheit und die existenten Repräsentationsmissstände institutionell zu artikulieren. Anhand dieser Entwicklungen offenbarte sich erneut die bereits angesprochene doppelte Krisendynamik, die neben den ökonomischen Auswirkungen vor allem auch mit einer politischen (Legitimitäts-)Krise im Habermas'schen Sinne einherging, die letztlich als Anreizmoment für einen politischen und kollektiven, qualitativen wie quantitativen Wandel fungierte (vgl. Torcal 2018: 199).⁴⁶ So erscheint die konstatierte parteipolitische Erweiterung Spaniens nur als folgerichtige Entwicklung eines Prozesses, der ein eklatantes repräsentatives Missverhältnis und den Bedarf nach einer Re-Formierung der gesellschaftlichen Realitäts- und (politischen) Handlungsgestaltung aufscheinen ließ.⁴⁷ Diese Bedarfslage wurde also diskursiv von Podemos aufge-

tende *crispación* hatte verhängnisvolle Folgen für das Land [...]. [S]chließlich zerstörten die Verunglimpfungen und Beleidigungen die Glaubwürdigkeit der ›politischen Klas-
se‹, der staatlichen Institutionen und des Landes insgesamt. Deutlichster Ausdruck des Vertrauensverlustes [...] war das Entstehen der ›Bewegung 15. Mai‹».

- 45 So trug – paradoxerweise – just die 15-M-Bewegung vornehmlich zu einer Schwächung der bis dahin sozialpolitischen Repräsentationsinstanz (PSOE) bei und erwirkte einen Machtwechsel auf die konservative PP (vgl. Pereira-Zazo/Torres 2019: 2). Erst mit dem Aufkommen von Podemos »the Spanish political system was destabilized« (ebd.: 2).
- 46 Monedero 2019 sieht die verschiedenen, sich überlappenden Krisenszenarien in Spanien als exemplarisch für die verschiedenen Typen der Habermas'schen Krisendefinition an, die alle auf Basis der 15-Impulse getriggert wurden: »To put it another way, what this entails is an identity crisis, an economic crisis, a rationality crisis and a motivation crisis. That is the situation that was created in May 2011 in Spain« (Monedero 2019: 28).
- 47 Sánchez Muñoz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits der regierungspolitische Wechsel auf die PP im Jahr 2011 als erste Wandlungstendenz gedeutet werden könnte. Diese hätte sich dann in den Folgewahljahren 2014 und 2015 anhand

griffen und durch deren politische Formalisierung institutionalisiert, »as the *Indignants* movement [...] failed because [...] it was but a mass mobilization without political perspectives. Podemos has come to give an answer to such a social demand« (Elorza 2016: 27; Herv.i.O.). Wie auch anhand der diskursanalytischen Auseinandersetzung deutlich wurde, verstand sich Podemos als Repräsentationinstanz der Wut und Empörung, die sich über die 15-M-Proteste öffentlich visualisierte und die sich als Alternative zum bisherigen repräsentativen Establishment zu inszenieren bzw. verfestigen versuchte (vgl. Cordero 2018: 156).⁴⁸ Profitiert hatte Podemos von der bereits über die 15-M diskursiv manifestierten, gegebenen Inkongruenz zwischen einer (politischen) Elite und der (bürgerlichen) Gesellschaft (vgl. Real-Dato 2018: 137) sowie einer darauf basierenden Sichtbarmachung »de los intereses de ciertos sectores sociales castigados por la crisis que han sido desatendidos por la oferta política existente« (Fernández-Albertos 2015: 105). So schaffte es Podemos, sich als ›Partei des Wandels‹ zu bestätigen (vgl. Real-Dato 2018: 136, Fernández-Albertos 2018: 92). In der Folge zeigten die Entwicklungen der Wahljahre 2014/2015 deutlich,

»[que se] generó un ambiente renovador [...] que le [Podemos] situaban en un terreno de juego donde debía encontrar su propio espacio teniendo competidores a su izquierda y a su derecha [...]. Con su discurso transversal [...] representaron una novedad y supieron generar y transmitir esperanza e ilusión en electores hastiados con el funcionamiento del sistema y críticos con el rendimiento de las instituciones.« (Delgado Sotillos 2019: 118f.)

Abschließend kann konstatiert werden, dass sich die repräsentativen Erweiterungen und Verhandlungsräume in erster Linie über gegenseitige Differenzbildung zwischen (vermeintlich) ›alten‹ und ›neuen‹ politischen Kollektivakteuren sowie der Impulsetzung einer ›anderen‹ gesellschaftlichen Realität als Katalysemoment für ›andere‹ repräsentative Kräfte und einer damit ver-

der weiteren Ausdifferenzierung und dem Aufkommen neuer parteipolitisch relevanter Kräfte – vornehmlich Podemos – weiter konsolidiert (vgl. Sánchez Muñoz 2011: 239).

48 Mit der parteipolitischen Institutionalisierung hatte Podemos das gesellschaftliche Momentum genutzt und den eigenen Anliegen eine strukturelle Nachhaltigkeit ermöglicht, die in der Organisationslogik und dem Selbstverständnis der 15-M nicht möglich gewesen wäre und letztlich auch zu deren großteiligen Auflösung führte (vgl. Muíño 2019: 142).

bundenen Dynamisierung der Diskurs- und Wissensverhältnisse beschreiben lassen.

Im folgenden Kapitel werden nun auf Basis dieser Repräsentationsdynamiken und Zuschreibungen die Artikulationsweisen der jeweiligen Kollektivpositionierungen und ihre machtstrategischen Hintergründe näher betrachtet.

4.2 Diskursproduktion: Machtstrategien und Legitimationsfolien

Wie bereits im vorhergehenden Unterkapitel deutlich wurde, können die Veränderungen im spanischen politischen Repräsentationssystem durchaus als dynamisch-produktive und belebende Elemente für den demokratischen Diskurs gesehen werden. Gerade die Störimpulse der 15-M-Bewegung wie auch des Podemos-Kollektivs können hierbei als systemische wie diskursive Reizelemente für die Weiterentwicklung einer (diskursiven) Ordnung und eines damit verbundenen gemeinsamen Wissensbestandes im Foucault'schen Sinne gesehen werden. Diese Reize wirkten durch die verschiedenen Kontroversen belebend und trugen zu einer breiteren, gesellschaftlichen Repräsentation und (politischen) Identifikation bei. Anders als 2014/2015 von PP und PSOE kritisiert, wirkte die Podemos-Partei somit nicht als zerstörerische, sondern belebende und auch demokratisierende Kraft in der politischen Debatte,

»[dado que] un sistema de partidos polarizados se caracteriza por una competición partidista más intensa, lo que [...] mejora la calidad de la representación política y ofrece una diferenciación más amplia de la oferta política.« (Torcal/Serani 2018: 176)

Denn, was sich anhand der repräsentativen Verschiebungen innerhalb Spaniens zeigte, war zuvorderst, dass die kollektiven Fragilitäten und verschiedenen Konfliktlinien das Formulieren und Führen »anderer« gesellschaftlicher Debatten ermöglichte. So liegt doch »[e]rst in der Instabilität und Dynamik [...] die Möglichkeit zur Veränderung« (Giubilaro 2020: 331). Durch die physischen und diskursiven Materialisierungen »anderer« Wissensverhältnisse wurden bis dato verbindliche gesellschaftliche Kohärenzsysteme aufgebrochen, wodurch widerständische Prozesse lanciert und im Kollektiv legitimiert werden konnten. Denn beide Kollektivimpulse vermochten es,

»Verkrustungen [aufzubrechen], die durch die Entfernung des politischen Systems und Bevölkerungsteilen entstanden sind« (Shahyar 2010: 114). Pro-

testen verändern zudem die herrschende öffentliche ›Ordnung des Diskurses‹ (Foucault 2012) sowie das ›Sagbarkeitsfeld‹ (Jäger/Jäger 2007) und damit auch, welche Subjekt- bzw. Sprecher_innenpositionen als legitim anerkannt und öffentlich wahrnehmbar werden und damit in der Lage sind, Inhalte und Forderungen zu artikulieren [...]« (Huke 2017: 63).

In dieser diskursiv-widerspenstigen Funktion übten die neuen Kollektivkräfte machtpolitische Impulse auf die jeweiligen Repräsentationsinstanzen und die mit ihnen verbundenen Klassierungs- und Ordnungsschemata aus. Der Deutungsrahmen gesellschaftlicher Realität begann sich zu verschieben und Podemos inszenierte sich als ›andere‹ Machtoption. Als bürgerliche Repräsentationsinstanz stand sie für eine andere Demokratie und stellte sich der politischen Elite bzw. ›Kaste‹ entgegen: »[Así que Podemos] se define como un movimiento del pueblo contra los privilegios de la casta« (Cordero/Christmann 2018: 159).

Als primäre Legitimierungsfolie nutzte das Kollektiv insbesondere ab 2015 intensiv die Forderung nach einer *nueva Transición* oder auch *segunda Transición*⁴⁹ und versuchte hierüber, die Repräsentationslegitimität von PSOE und PP sowie der spanischen Verfassung zu erodieren.⁵⁰ Zwar griff die PSOE diese

-
- 49 Die Referenz auf die postdiktatorische Phase der *transición* wurde für (macht-)politische Zwecke genutzt. Podemos waren nicht die ersten. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte der konservative José María Aznar diese Forderung in seinem Wahlkampf aufgegriffen (vgl. Juliá 2017: 550). So erklärte die PP die erste Phase des Übergangs von einer Diktatur in eine demokratische Staatsform als abgeschlossen, sah allerdings nur die PP dazu in der Lage, diesen Demokratisierungsschub weiter voranzubringen und gleichzeitig die Einheit und das Nationalbewusstsein zu wahren (vgl. ebd.: 546-552). Für die PP »la segunda transición tuvo sentido cuando su proyecto consistía en alcanzar el poder: eso era la segunda transición, que el PSOE saliera del Gobierno y entrara el PP« (ebd.: 554). Aznar publizierte hierzu 1994 sogar ein Buch, in dem er diese neue Interpretation einer *segunda transición* darlegt, die vor allem der schlechten Politik der PSOE entgegenwirke und für eine neue Zukunft stehe, die sich frei von der jüngsten Vergangenheit und damit auch frei von den Erinnerungen an die Diktatur machen solle (vgl. Cuesta Bustillo 2017: 25).
- 50 Podemos Forderungen einer zweiten Transition spielten zunächst auf repräsentative Defizite der bisherigen Regierungsparteien an. Ihnen warf das Kollektiv Korruption und Oligarchie vor (vgl. Franzé 2017: 227). Podemos zielte zudem zunächst auf einen kompletten systemischen Bruch bzw. Neuordnung, »un proceso constituyente que rompa el candado de la Constitución de 1978 y discuta todo con todos« (Franzé 2017: 230) ab. Mit der Zeit wandelte sich dieser zunächst radikal-systemische Antagonismus hinzu einer Reformation und Erweiterung des bestehenden politischen Systems

Forderung ebenfalls auf, richtete sie allerdings vornehmlich auf den dringend notwendigen Reformationsbedarf des wirtschaftlichen System Spaniens. Podemos hingegen stellte mit der öffentlichen Kritik an der Verfassung aus dem Jahr 1978 sowie den geläufigen Deutungsnarrativen des historischen Übergangsprozesses von der Franco-Diktatur in eine Demokratie zuvorderst die politisch-systemische Repräsentationsfortführung von PP und PSOE in Frage. Beide Parteien hätten den ungehinderten Übergang von Repräsentanten des diktatorischen in das demokratische System mitgetragen beziehungsweise gebilligt.⁵¹ So schien in der Zeit nach Ende der Franco-Diktatur – auch aufgrund der Angst vor erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen – von der Mehrheit der Gesellschaft und den Gruppierungen der *dos españas* (Zwei Spanien)⁵² ein *pacto del olvido* (Pakt des Vergessens) geschlossen worden zu sein, der jedwede Erosion des Demokratisierungsprozesses zu vermeiden versuchte (vgl. Orosz 2009: 47).

Die Infragestellung des bis dato als modernisierend geltenden Narrativstrangs des spanischen Demokratisierungsprozesses kann auch als Einbruch einer sogenannten Latenzzeit⁵³ interpretiert werden. Plötzlich wurden die

durch eine zweite Transition. In dieser Hinsicht »el discurso de Podemos es de regeneración democrática más que de impugnación del orden« (ebd.: 238). In diese moderatere bzw. prinzipiell anerkennende Richtung wendete sich die Transitions-Auffassung der Partei auch zunehmend während des Wahlkampfes 2015, da eine »nueva Transición, recordando que la primera había sido «exitosa» (Juliá 2017: 618) versprochen und somit doch dem ursprünglichen Erfolgsnarrativ Rechnung getragen wurde.

51 So erläutert Orosz (2009), der Übergang von der Franco-Diktatur in eine demokratische Verfasstheit Spaniens sei kein Bruch, sondern sei unter Einbezug des Militärs und ehemaliger franquistischer Machtinstanzen erfolgt, um Putschversuche zu unterminieren und die Akzeptanz für das neue Gesellschaftsmodell sowie die Zustimmung für eine neue demokratische Verfassung (1978) auf eine möglichst breite Basis zu stellen (vgl. Orosz 2009: 47f.).

52 Die Metapher der *dos españas*, die den Konflikt zwischen linksliberal-modernisierenden und rechtskonservativ-traditionalisierenden Kräften beschreibt, geht auf eine langwährenden Mythos der spanischen Selbstverfasstheit zurück. Ursprünglich verweist die Verwendung auf den Konflikt von katholischen Karlisten und progressiv-liberalen Kräften im 19. Jahrhundert und den Widerstreit ihrer Ideen und Ideale. Ihre separierende ideelle Wirkung manifestierte sich insbesondere auch in den (kämpferischen) Auseinandersetzungen von republikanischen und konservativen Kräften in den 1930er Jahren (vgl. Kühn 2012: 70).

53 Ganz allgemein verweist der Begriff Latenz auf etwas Vergangenes, das nicht direkt für die Sinne zugänglich ist, allerdings eine unterschwellig spürbare Präsenz hat und hierdurch auf die Gegenwart bzw. die gesellschaftliche (oder subjektive) Realität wirkt.

unterschwellig in der spanischen Gesellschaft präsenten Ungleichheiten und fehlenden Auseinandersetzungen mit der Franco-Diktatur und damit verbundenen Verletzungen für das kollektive Gedächtnis fassbar. Auch bereits seit den 2000er Jahren präsente Forderungen nach einer allumfassenden Aufarbeitung wurden aufgegriffen.⁵⁴ Gleichzeitig ermöglichte die zeitliche Distanz zur franquistischen Realität eine kritische Selbstreflexion der ›neuen‹ spanischen Generation (vgl. Sotelo 2014: 87), die auf Basis der Krisenrealität eine Infragestellung des vorherrschenden Gesellschaftssystems, seiner Repräsentationsinstanzen und Strukturen umfassen konnte:

»La cura de olvido que hemos practicado los cuatro últimos decenios no ha impedido que la crisis al final pusiese de relieve hasta qué punto de descomposición han llegado las instituciones básicas del régimen que surgió con la transición: la monarquía, el parlamento, el gobierno, el poder judicial, y en general la credibilidad de toda la clase política.« (Ebd.: 89)

Insbesondere Hans Ulrich Gumbrecht sieht Latenz als eine Art ›blinder Passagier‹ (vgl. Gumbrecht 2011: 10) an, der in gewisser Form Präsenz entfaltet, allerdings nicht direkt im Bereich des Wahrnehmbaren liegt und sich ebenso plötzlich verbergen wie in die (soziale) Realität einbrechen kann (vgl. ebd.: 10f.). In Bezug auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft konstatiert Gumbrecht, sie habe in einem stetigen »Gefühl gelebt, dass die gerade befriedete Welt jederzeit wieder explodieren könnte« (Hennigfeld 2015: 130). Ganz ähnlich wie es für die spanische Post-Franco-Gesellschaft der Fall zu sein scheint.

- 54 Bis in die 2000er Jahre hinein hatte keine wirkliche erinnerungspolitische Auseinandersetzung innerhalb der spanischen Öffentlichkeit mit der Franco-Diktatur und dem Bürgerkrieg stattgefunden (vgl. Pichler 2013: 221, vgl. Hünecke 2015: 12). Ein erster gesellschaftlich wirksamer Bruch mit dem offenkundigen Versuch des ›gelebten Vergessens‹ war das Aufkommen der zivilgesellschaftlichen Bewegung des sogenannten *movimiento memorialista*, dessen Ausgangspunkt ein 2000 veröffentlichter Zeitungsartikel eines spanischen Journalisten war, der die eigene Spurensuche nach seines während der Franco-Zeit verschwundenen Großvaters thematisierte (vgl. Pichler 2013: 222). Mit dem *movimiento memorialista* wurde ein aus der Bevölkerung heraus getriebenes öffentliches Interesse an einer breit angelegten Erinnerungsdiskussion artikuliert, das sowohl eine Aufarbeitung zu Opfern und Verschwundenen als auch die Verantwortungsübernahme von Schuldigen beziehungsweise die Verurteilung von Verbrechen einforderte und die PSOE letztlich zur Vorlage eines *Ley de Memoria* bewegte (vgl. Hünecke 2015: 162ff.). Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise und der Regierungsübernahme durch die PP 2011 wurde die von der Bewegung ausgehende Erinnerungsarbeit zunehmend erschwert und eingeschränkt, um die Hinterfragung des Franquismus und der *Transición* nicht weiter voranzutreiben und somit eine unliebsame Debatte zu verhindern (vgl. Pichler 2013: 295ff.).

Nicht zuletzt mit der durch PSOE und PP 2011 vorgenommenen Verfassungsänderung mit Blick auf den Artikel 135, die einen ausgeglichenen Haushalt festlegte und somit die Sparmaßnahmen der Regierung legitimierte, war der entscheidende Katalysemoment der Verfassungskritik gekommen (vgl. Pereira-Zazo/Torres 2019: 6). Und zwar in der Hinsicht da »[l]a semilla estaba platada y germinó, primero en las movilizaciones del 15M y luego en la aparición de un nuevo partido [...]: Podemos« (López 2018: 167).

Letztlich erwirkte dieses Vorgehen zum einen die bereits unter den 15-M/Indignados artikulierte Gleichsetzung von PP und PSOE als nach reinem Machtkalkül handelnde politische Akteure, die sich von der Gesellschaft entfremdet hatten. Zum anderen wurde deutlich, dass selbst elementare Gemeinschaftsstatuten wie die Verfassung veränderbar waren (vgl. Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019: 26).

Dualistische Begriff wie Kaste verstärkten die lancierten Repräsentationsbrüche und dienten als einfache und homogene Feindbilder (vgl. Nez 2015: 120). Just diese – sich vor allem für 2015 immer schärfer herausbildende – Rhetorik setzte erneut auf den bereits über die 15-M/Indignados-Proteste formulierten Kritiken an einem ›herrschenden Establishment‹ auf (vgl. Cid 2015: 15), was PSOE und PP dazu veranlasste, Podemos als populistische Störkraft abzuwerten (vgl. De Nieves 2015: 63). Vor allem im Wahljahr 2015 wurde daher sowohl von Seiten der PP als auch der PSOE der Vorwurf aufgebracht, dass das Podemos-Kollektiv durch die Nutzung der wirtschaftlichen und politischen Krisensituation machtpolitisches Kapital zu schlagen versuchte und gleichermaßen die eigene Legitimierungsgrundlage erst durch den gegenwärtig anhaltenden Krisenzustand erhielt. Ungeachtet dieser Diffamierungsversuche konnte Podemos bei den Europawahlen 2014 einen Erfolg verbuchen. Die diskursive Strategie entfaltete durchaus ihre Wirksamkeit. Podemos war als »alternativo al orden existente« (Domínguez Sánchez 2015: 44). für die spanische Gesellschaft wählbar.

In Reaktion darauf versuchten PP und PSOE, sich mit Podemos gemeinsam zu machen, indem sie ihre politischen Forderungen als alte linke Narrative abwerteten und damit das Kollektiv in jenen gemeinsamen kulturhistorischen Kontext rückten, den Podemos eigentlich vermeiden bzw. als Differenz aufbauen wollte. Dass diese Taktik nicht funktionierte, zeigte letztlich das Ergebnis der Generalwahlen 2015. Podemos war als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen und hatte die Politisierung der 15-M-Anliegen und Empörung (vgl. Albenga et al. 2018: 8) erfolgreich nutzen können. Anders als die 15-M-Bewegung, die die Institutionalisierung bewusst zu vermeiden ver-

sucht hatte, um sich ihre widerspenstige Offenheit, Vielheit, Unkontrollierbarkeit und Nicht-Regierbarkeit zu erhalten (vgl. Steidinger 2015: 222f.), manifestierte sich Podemos politisch.

Podemos »gelang es [also], das gesellschaftliche politische Klima grundlegend zu verschieben. Sie etablierten neue Deutungsrahmen« (Huke 2017: 264), die auch auf die übrigen Kollektivakteure, die gesellschaftspolitische Konzeption und prozessuale Teilhabe rückwirkten.⁵⁵

Abschließend kann für die diskursiv-machtstrategischen Entwicklungen und sich darüber formierenden Legitmierungsfolien konstatiert werden, dass sich anhand der Entwicklungen über die 15-M/Indignados-Impulse und Podemos-Institutionalisierung zeigt, dass eine kollektiv-akzeptierte und legitimierte Realitätsauslegung im Foucault'schen Sinne zuvorderst über diskursive Deutungs- und Strukturrahmen geprägt und in Latour'scher Weise durch sich hierdurch ableitende (politische) Handlungen (Protestaktionen, Parteibildung etc.) der Kollektivakteure sichtbar wurde:

»Y así lo ha entendido Podemos desde sus incios, al apostar por la capacidad performativa de la comunicación, convirtiendo la atribución del significado político a los hechos sociales en el objetivo principal de su lucha política. Las narrativas construyen la mayoría social, el discurso crea los actores políticos« (Rubio Núñez 2019: 122).

4.3 Dynamisierung: Neuordnung des politischen Raums

Im Anschluss an die legitimations- und machtstrategische Einordnung der Modi der Diskursführung der betrachteten Kollektivakteure sollen nun die Auswirkungen auf den politischen Raum Spaniens, auf die Kollektivinstanzen und die mit ihnen verbundenen Teilhabeprozesse näher betrachtet werden. Dabei wird Raum nicht klassisch im Sinne eines Containers verstanden (vgl. Schroer 2003: 327), sondern im Sinne der multiversen Verflechtung einer *flat ontology* nach Latour aufgefasst. Es gilt also, politische Räume – ein Land, eine Region oder eine Kommune – nicht als natürlich abgeschlossene Bereiche zu denken, sondern anzuerkennen, dass diese eben »nicht immer schon

55 Ganz entscheidend für diese Funktionsweise war, dass sowohl 15-M als auch in der Folge das Podemos-Kollektiv rhetorisch in erster Linie über die Nutzung »leerer Signifikate« wie beispielsweise »Kaste« (vgl. Cid 2015: 27f.) agierte, »[para poder] agrupar y dar sentido a distintas realidades« (Rubio Núñez 2019: 122).

da [sind], im Sinne einer physischen Gegebenheit, sondern [...] durch soziale Operationen erst hervorgebracht [werden]« (ebd.).

In diesem Sinne können sie ihre Wirksamkeit erst in oder durch verschiedene relationale Performanzen entfalten. Somit ist auch politische Räumlichkeit niemals »frei von sozialer Bedeutung« (Rogoff 2007: 55). Auf Basis dieser Annahmen – und auch in Folge der ANT nach Latour – kann die Gestaltung oder Strukturierung eines politischen Raums vor dem Hintergrund des Zusammenwirkens verschiedener Handlungsweisen der repräsentativen Kollektivakteure analysiert werden. So können sowohl die Relationen untereinander als auch zu der sie umgebenden soziokulturellen Realität untersucht werden.

Denn insbesondere politische (Protest-)Bewegungen wie 15-M können elementare Grundlagen für Re-Formationsprozesse der Gesellschaft wie des politischen Raumes erwirken. Für sie bedeutet »Politik-Machen nicht allein, die Macht zu ergreifen, sondern sie verstehen es als ein kollektives Empowerment [...]« (Vaccaro 2020: 231) – und das gerade weil ihre Impulse in einem extraparlamentarischen Raum wirken und die Differenz zwischen der Politik und dem Politischen aufscheinen lassen. Das Politische kann folglich in seiner Verhandlungspotenzialität und Unabgeschlossenheit betrachtet werden. Damit widersetzt sich das Politische einer Politiktheorie, »die nur danach fragt, wie die Politik zu organisieren sei und wie sich diese Organisation rechtfertigen lasse« (Bedorf 2010: 13).⁵⁶

Der politische Katalysemoment für das subjektive Empowerment der spanischen Gesellschaft und der neuen Kollektivformationen lag zuvorderst in der sich manifestierenden ökonomischen Krisenrealität begründet. Es waren die geschilderten physischen und psychischen Einschnitte wie Hausräumungen, Arbeitslosigkeit oder Verarmung, die sich auf das gesellschaftliche Subjekt unmittelbar materiell auswirkten und hierbei den doppelten Boden des politischen Raums offenbarten: auf der einen Seite die Narration von Repräsentationsinstanzen wie PP oder PSOE und auf der anderen Seite die erfahrbare Realität, die damit nicht in Kohärenz stand. In diesem Sinne erwies sich die Krisenrealität als wirksames Dispositiv, insofern

»der gegenüber den Institutionen gehegte Misskredit von einem Verlust an Kredibilität, Autorität und Legitimität politischer Repräsentanz zeugt,

⁵⁶ Die Differenz zwischen der Politik und dem Politischen wurde in der Philosophie und den Kulturwissenschaften bereits von verschiedenen Theoretikern diskutiert. Für eine Übersicht über zentrale Auseinandersetzungen mit diesem Themenkomplex – von Hannah Arendt bis Jean-Luc Nancy – vergleiche Bedorf (2013).

welche die *res publica* angesichts zunehmend poröser Strukturen, fließender Grenzen und geschwächter Souveränität nur unzureichend zu verwalten vermag.« (Borvitz 2020: 23; Herv.i.O.)

In Spanien überlappten sich die ökonomische und politisch-legitimatorische Krisenrealität, was die Entstehung der ›anderen‹ Kollektivformationen (15-M und Podemos) begünstigte. Sie zählen letztlich zu den »Formen eines ›demokratischen Experimentalismus‹ (Pogrebinschi 2015: 129), der auf die historische Unabgeschlossenheit und Offenheit des Verhältnisses von konstituierender und konstitutiver Macht verweist« (Huke 2017: 67) und der durch die neue physische Präsenz eines ›anderen‹ Akteurs eine ›Hybridisierung des Raums‹ erwirkt (vgl. ebd.).

Dies zum einen aufgrund der Repräsentanz einer neuen bzw. anderen diskursiven Stimme und Wissensbestands sowie andererseits auch in ihrer ganz physisch-körperlichen Präsenz und Materialisierung. Letzteres kann im Falle von Spanien insbesondere für die 15-M-Bewegung gesagt werden, die mit ihrer widerständischen, physischen Präsenz auf den großen Plätzen im kompletten Land für eine reale Visualisierung und Performanz ebenjener, in Form von Podemos politisch-institutionell übernommenen, anderen gesellschaftlichen Realität sorgte.⁵⁷ Nicht nur, dass der etablierte politische Raum durch diese Materialisierungsweisen einer anderen (politischen) Realität herausfordert wurde. Gleichermassen – und hier in Anschluss an die politisch-repräsentative Krisenlage – wurde insbesondere durch die Formation des Podemos-Kollektivs als Medium des Volkes bzw. durch die Ablehnung einer traditionellen Repräsentanz- und Fürsprecherfunktion auch die Zusammensetzung und Wirkungsweise von politischer Kollektivformation in Frage gestellt bzw. dynamisiert.

Schließlich ist das Kollektiv – spätestens seit den Wahlen 2015 und dem Einzug in das spanische Parlament – als Teil der institutionellen Politik zu

57 Siehe hierzu auch Vaccaro 2020: »Die Wiederaneignung von Räumen ist nicht allein eine Frage der Willkür, die eine Besetzung ermöglicht oder mittels dieser erlaubt, einer von privater oder öffentlicher Hand durchgeführten Besitznahme entgegenzuwirken. Vielmehr handelt es sich um eine genuin politische Angelegenheit, weil sie auf der Territorialität unserer Existenz insistiert [...]. Das Faktum des Lebens positioniert sich innerhalb der körperlichen Beziehung zwischen Raum und sozialem Zusammenleben, dessen Autonomie die anarchistische Politik im wörtlichen Sinne bezeichnet beziehungsweise eine Politik formuliert, die sich von einer hierarchischen Instanz emanzipiert, welche die Regeln von oben herab diktiert« (Vaccaro 2020: 227).

sehen (vgl. Zarzalejos 2016: 187). Dies bestätigte nicht zuletzt die Regierungskoalition mit der PSOE und eines Wahlbündnisses⁵⁸ mit der *Izquierda Unida* und anderen kleinen Parteiformationen infolge der Generalwahlen 2019 (vgl. PSOE/Podemos 2019).

Dieser Schritt hat dazu geführt, dass von der Selbstinszenierung – Medium der Bürger sein und ihnen einen Diskussionsraum bieten zu können, in dem sie als gleichberechtigte Akteure ihre politischen Anliegen formulieren können – wenig übrig geblieben ist. Podemos scheint der systemische Veränderungswille einer hierarchiefreien Politik abhandengekommen zu sein (vgl. Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019: 15f.). Dieser Prozess führte zu verschiedenen innerparteilichen Konflikten – insbesondere aufgrund der Zentralisierungstendenzen rund um Generalsekretär Pablo Iglesias⁵⁹ – und zeigte, »que la ›nueva política‹ tenía poco que ver con lo que indicaba su adjetivo y con la retórica de ›pluralidad‹ y horizontalidad« (ebd.: 16).

Just in dieser systemischen Angleichung der Kollektivhierarchie an andere Parteien bzw. politische Repräsentationsinstanzen kann gleichermaßen auch der größte Unterschied zur 15-M/Indignados-Bewegung ausgemacht werden, die sich eben gerade bewusst gegen jedwede Form der Formalisierung oder Institutionalisierung entschieden hatte (vgl. ebd. 24). Nichtdes-totrotz kann dennoch auf Basis der Ausdifferenzierung der im spanischen Parlament vertretenen Repräsentationstanzen durchaus von einem Wandel-moment des spanischen politischen Kollektivs und des mit ihm verbundenen (Resonanz-)/Handlungsräums gesprochen werden. So fußt dieser nicht mehr auf einem relativ statischen *bipartidismo*, sondern gaben die Entwicklungen

58 Das Wahlbündnis *Unidas Podemos* kam bereits im Jahr 2016 zum ersten Mal auf und wurde angesichts der Generalwahlen 2019 offiziell als Wahlbündnis registriert (vgl. Europapress 2019). Kritiker wie der einstige Podemos-Gründer Íñigo Errejón sahen in diesem Schritt die ursprünglichen Ideen und Anliegen von Podemos nicht mehr vertraten: »El proyecto que fundamos es otro. Unidos Podemos es el resultado de lo que la militancia y la dirección decidieron, es una formación que pretende captar a los convencidos de izquierda en el espacio tradicional de Izquierda Unida.« (Méndez 2020).

59 Vgl. hierfür u.a. Álvarez Tardío/Redondo Rodelas (2019: 13-22). Die zunehmenden Unstimmigkeiten und Vereinnahmungen durch Iglesias führten letztlich dazu, dass einige der zentralen akademischen Gründerpersönlichkeiten von Podemos aus dem Kollektiv austraten (vgl. López 2018: 161ff.) und 2019 sogar der Sprecher und Chef-Stra-tege Íñigo Errejón aufgrund der anhaltenden Unstimmigkeiten die Partei verließ (vgl. Méndez 2020).

bis bzw. in 2015 »lugar a la formación de un Congreso de los Diputados de disposición muy distinta a todos los que desde 1977 lo habían precedido« (Blanco Valdés 2017: 85). Letztlich zeigen diese Entwicklungen innerhalb Spaniens,

»dass soziale Bewegungen und aus ihnen hervorgegangene Parteien mit (wenn auch häufig uneingelöstem bzw. partiell uneingelöstem) radikal-demokratischem Anspruch demgegenüber [der Regierungspolitik] als wirkungsvolles Gegenmittel fungieren können. Sie sind damit heute nicht nur Hoffnungsträger für Versprechen einer künftigen gesellschaftlichen Emanzipation und einer Verbesserung der alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern üben [...] eine wichtige stabilisierende Funktion aus, da sie [...] in ihren sozialen Formen demokratische Utopien (zumindest temporär) als realisierbar und möglich aufscheinen lassen« (Huke 2017: 280).

Gerade in dieser Funktion des Aufscheinens anderer Kollektivkompositionen und der kritischen Impulsgebung für andere Orientierungsrahmen bzw. Kollektivdiskurse geben sie zudem den Anreizmoment, um in der gesellschaftlichen Breite Veränderungsmöglichkeiten diskutier- und realisierbar zu machen. Auch wenn die radikaldemokratischen Anliegen der 15-M bzw. von Podemos es nicht zu einer wirklichen Realisierung schafften, ermöglichten sie dennoch breite Diskurs- und Handlungsverschiebungen innerhalb des politischen (Handlungs-)Raumes durch die Repräsentation einer anderen Wissensbasis und darüber formierter Diskurse. Dies zeigte sich unter anderem darin, dass ab 2014 vermehrt sozialpolitische Ansätze und Vorhaben in den breiten politischen Diskurs aufgenommen wurden. Auch wurde eine öffentlich Debatte zur Offenlegung und Bestrafung von Korruptionsfällen geführt und eine kultur- und politikhistorische Selbstreflexion Spaniens angeregt (Stichwort *nueva Transición*).

»Krisen [können demnach] wie Funken wirken, die des Menschen Suche nach Freiheit, Menschlichkeit und Demokratie neu entfachen [...], die erst die Gelegenheit des Gewahrwerdens und des Nachdenkens über gesellschaftliche Wirklichkeiten eröffnen, um somit Veränderungen zu beginnen.« (Lutz 2018: 40)

Insofern bewirkte die Wirtschaftskrise in Spanien, den ›politischen Raum‹ neu zu denken, ein breiteres Spektrum an Kollektiven zuzulassen und anderen Akteuren Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.

4.4 Der politische Raum und seine Akteure: Eine Zustandsanalyse

Seit den 2010er Jahren hat sich der politische Raum in Spanien stark verändert. Neue Akteure haben ihn dynamisiert und prägen seitdem den politischen Diskurs. Trotz der fundamentalen ökonomischen und politisch-repräsentativen Krisenlage kam es in Spanien – anders als in anderen europäischen Ländern wie Italien oder Frankreich – in den Fokusjahren 2011 bis 2015 nicht zu rechtspopulistischen Auswüchsen (vgl. Stehling 2015: 110). Wenngleich die diskursive Anfangsphase von Podemos durchaus als populistisch ausgerichtet beschrieben werden kann. Allerdings ist diese Zuschreibung – wie auch die vorliegende Analysearbeit zeigt – nicht umfassend bzw. verkürzend. So inszeniert sich das Podemos-Kollektiv zwar mit seinem Aufkommen noch als eine Art disruptiver Bruch, argumentiert über für den Populismus prototypische Dichotomien und versucht sich gleichermaßen als einzige legitime Volksrepräsentationsinstanz darzustellen⁶⁰. Wie die Diskurs-Akteurs-Analyse jedoch zeigen konnte, wandelte sich die zunächst antagonistisch-konfrontative Strategie mit den Jahren zu einer agonistischen Strategie. Das politische System wurde von Podemos nicht total infrage gestellt. Vielmehr öffnete Podemos den Diskurs, sodass es zu einer Heterogenisierung des politischen Systems kommen konnte (vgl. Franzé 2017: 233ff.).

Letztlich war der initial intendierte antagonistisch-systemische Bruch eine Strategie, um sich zu etablieren und als politischer Akteur, der Macht und Verantwortung übernehmen kann, zu institutionalisieren. Die diskursiv-provozierende Arbeit von Podemos ist somit ein Beleg für die dynamisch-herausfordernden Diskursverhandlungsprozesse nach Foucault: »[N]o hay hegemonía sin guerra de posiciones, ni poder sin hegemonía« (ebd.: 240). Krisen können hierbei als Katalysemoment dienen, weil sie zu Inkongruenz innerhalb der Gesellschaft führen. Solche Verhältnisse sind gekennzeichnet von Unsicherheiten und unzureichenden Wissens- und Diskursrahmungen, die

60 Die genannten Elemente entsprechen den Aspekten, die gängigerweise als Merkmale links- wie rechtspopulistischer Politik aufgeführt werden. Auch wenn es keine allumfassende bzw. abschließende Definition für ›den‹ Populismus gibt, weist die gegenwärtige Populismus-Forschung mehrheitlich auf folgende Merkmale hin: »[D]en Gegensatz von ›Volk‹ und Elite, die zentrale Bedeutung eines Anführers, den Umgang mit den Massenmedien als Bühne sowie die Kultivierung einer Krise« (Jesse/Mannewitz/Panreck 2019: 13).

wiederum Neuverhandlungen des kollektiven Bewusstseins und des gemeinsamen Ordnungsgefüges bewirken.

Gleichermaßen zeigt sich anhand der Entwicklungen in Spanien, dass ein externer Krisenimpuls einen innergesellschaftlichen Verhandlungsprozess katalysiert und neue oder weitere Krisen auslösen kann, beispielsweise die Ausweitung von einer ökonomischen zu einer repräsentativen Krise. Dieser Prozess geschieht allerdings nicht aus dem Nichts heraus, sondern gerade durch die Sichtbarmachung anderer Positionen, Stimmen und Akteure, die bisher im Sicht- und Sichtbarkeitsfeld einer Gesellschaft keine aktive Rolle oder anerkannte Position einnehmen konnten. In Spanien hat sich Podemos mittlerweile als fester Akteur innerhalb der spanischen Politik etabliert, wie die seit 2019 bestehende Regierungskoalition aus *Unidas Podemos* und PSOE zeigt. Das Kollektiv hat folglich den Wandel von einer urprünglich antagonistischen zu einer systemimmanenten, in politischer Verantwortung stehenden Akteurskraft innerhalb Spaniens vollzogen (vgl. Rößler 2020).

Die Ausdifferenzierung des politischen Spektrums hat den politischen Raum in Spanien allerdings nicht unbedingt stabilisiert. Vielmehr scheinen »Polarisierung und Konfrontation das politische Leben [zu] prägen« (Bernecker 2018: 366). Denn anders als ursprünglich von Podemos intendiert, führte die Heterogenisierung des Akteursfeldes nicht unbedingt zu einem offeneren politischeren Kollektiv bzw. Diskurs, sondern verleitete die Akteure dazu, ihre eigenen Überzeugungen als Richtungsentscheidungen zu inszenieren. So geht es im

»politischen Wettbewerb der Gegenwart [...] nicht mehr nur um die Regierungsmacht, sondern um die Durchsetzung unterschiedlicher Ideen von Spanien. Es stehen sich wieder zwei Spanien gegenüber, eines, das die Pluralität Spaniens anerkennt und institutionell gestalten will [...] und ein anderes, dass [sic!] auf die unteilbare und unveräußerliche Einheit des Landes setzt und sie zu verteidigen sucht.« (Nohlen/Kölling 2020: 52)

Die sozioökonomische Krise bewirkte nicht nur die Re-Etablierung linkssozialistischer Politik, sondern mit der Repräsentationskrise auch ein erneutes Aufflammen des bereits Jahrzehnte andauernden Konflikts zwischen der spanischen Zentralregierung und der Regierung Kataloniens mit Blick auf katalanische Unabhängigkeitsbestrebungen (vgl. Bernecker 2018: 266f.). Auch wenn es nie das Anliegen von Podemos war, hat die Partei im Zuge der sich überlappenden Krisenszenarien dazu beigetragen, dass sich das politische Spektrum Spaniens an den linken wie rechten Rändern ausdifferenzierte und teilwei-

se auch alte Dichotomien (wie die Metapher der *dos españas*) neu artikuliert wurden.

Ein Indikator dafür, dass sich mit dem Katalonien-Konflikt ein erneut für das politisch-materielle Akteursspektrum wie diskursive Setting innerhalb Spaniens elementarer Umbruch eingestellt hat, ist die erstmalige Repräsentanz einer ultrarechten Partei (Vox)⁶¹ in spanischen Parlamenten (national wie regional) nach Ende der Franco-Diktatur in Folge der Wahlen im Jahr 2019: »Si las elecciones de 2015 se caracterizan por la aparición de Podemos, las de 2019 han presenciado otro terremoto político: la entrada de Vox« (Ferreira 2019: 75).⁶²

Vox inszenierte sich in erster Linie als Gegenakteur zur sozialistischen Regierung. Sie vertrat ultrakonservative Themen (unter anderem kritisiert die Partei die gleichgeschlechtliche Eheschließung oder Abtreibung) und forderte eine harte Linie in Fragen der Migration (vgl. Casals i Meseguer 2020: 375ff.). Ähnlich wie Podemos bei der PSOE stellte sich Vox als Repräsentationsinstanz und Konkurrenzakteur zur konservativen PP dar, die als »derechita cobarde« betitelt wurde (vgl. García Herrero 2019: 70). Diese Inszenierung fiel auf fruchtbaren Boden, schließlich waren viele konservative Stammwähler von der PP enttäuscht und unterstellten der Rajoy-Regierung eine Überforderung mit der Situation in Katalonien (vgl. Climent Sanjuan/Montaner Goetzenberger 2020: 922). Hierdurch öffnete sich ein »nuevo espacio político [...] permitiendo a partir de 2018 la irrupción de la derecha populista y radical« (ebd.).⁶³

Letztlich kann konstatiert werden, dass die politischen Kollektive und die Gesellschaft Spaniens die weitreichenden und verschiedenen miteinander verzahnten Krisenerfahrungen noch lange nicht überwunden haben. Eine

-
- 61 Gegründet wurde die Formation bereits 2013. Erste Wahlerfolge konnte Vox (Lateinisch »Stimme«) allerdings erst ab 2018 mit den Regionalwahlen in Andalusien verzeichnen (vgl. Ferreira 2019: 77).
- 62 Wie Casals i Meseguer (2020) erläutert, gab es bereits seit Ende der Diktatur verschiedene Tendenzen von rechtsnationalen Parteien in Spanien. Vox ist allerdings die erste Formation, der eine institutionelle Etablierung gelang (vgl. Casals i Meseguer 2020: 371f.).
- 63 Inwiefern die Disruptions- und Kollektivformierungsprozesse – wie in der gegenwärtigen Forschungsliteratur angedeutet – ähnlich zu dem linkssozialistischen Vakuum, das angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise die Etablierung von Podemos ermöglichte, zu sehen sind und für Vox neue Diskurs- und Handlungsspielräume eröffneten, könnte weiterführend anhand der hier ausgearbeiteten Akteursanalysemethodik untersucht werden.

abschließende Verarbeitung steht noch aus. Zwar mögen die Dynamisierungen und Pluralisierungen des Systems zu einer Repräsentationsvielfalt beigetragen haben, aber die Stabilisierung des Landes konnten sie nicht herbeiführen. Seit 2016 ist die politische Gegenwart von instabilen Mehrheitsverhältnissen und Unruhen geprägt (vgl. Nohlen/Kölling 2020: 50). Die anhaltenden Vertrauensverluste in die Politik, die Ausweitung des Katalonienkonflikts und die Minderheitsregierung aus PSOE und Unidas Podemos (seit 2016) tragen nicht zu einer Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei (vgl. Kölling 2020: 5). Eine Lösung der bestehenden sozioökonomischen und politischen Herausforderungen könnte in »einer Zusammenarbeit der großen politischen Formationen« (Bernecker 2018: 366) bestehen.

Erschwert wird die Situation von dem coronabedingten Wegfall der Einnahmen aus dem Tourismus, der Spanien erneut in eine tiefe wirtschaftliche Rezessionsphase geführt hat (vgl. Kölling 2020: 7). Seit dem Herbst 2020 verzeichnen zudem vor allem die Kanarischen Inseln einen anhaltenden Migrationszuwachs aus nordafrikanischen Ländern, was zu zusätzlichen Belastungen und Herausforderungen führt (vgl. Macher 2020, Martín/Cué/Vega 2020, Martín/Cué 2020). Diese Gemengelage verschiedener innergesellschaftlicher Verschärfungen und Unsicherheiten nutzte die Vox-Partei, um ein Misstrauensvotum gegen die amtierende Regierung um Pedro Sánchez zu stellen. Es zeigten sich also abermals Fragmentierungen (vgl. Hermida/Casquerio 2020, Der Spiegel 2020) und eine vielschichtige Verzahnung verschiedener Krisen. Die durch die Pandemie ausgelöste Situation ähnelt damit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010. Welche Folgewirkungen und Veränderungspotenziale hiervon ausgehen könnten, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

